



Auftrag Menschenrechte und Gleichstellung

Tätigkeitsbericht der Stabsstelle Menschenrechtsbüro
& Gleichstellungsstelle der Stadt Nürnberg

2023 – 2024

**TÄTIGKEITSBERICHT
DER STABSSTELLE MENSCHENRECHTSBÜRO & GLEICHSTELLUNGSSTELLE
2023 – 2024**

Inhaltsverzeichnis Seite 2

Vorwort Seite 3

Informieren, Sensibilisieren und Aktivieren Seite 6

Engagement würdigen Seite 11

Öffentlichkeitsarbeit.....Seite 17

Vernetzung und KooperationenSeite 20

Für GeschlechtergerechtigkeitSeite 23

Antidiskriminierungsarbeit + LSBTIQ*Seite 26

Beratungen.....Seite 29

Demokratie lernen und leben – Radikalisierung und Extremismus vorbeugen.....Seite 33

Unterstützung.....Seite 41

Schlaglichter.....Seite 44

Ausblick.....Seite 45

GlossarSeite 46

ImpressumSeite 47

VORWORT

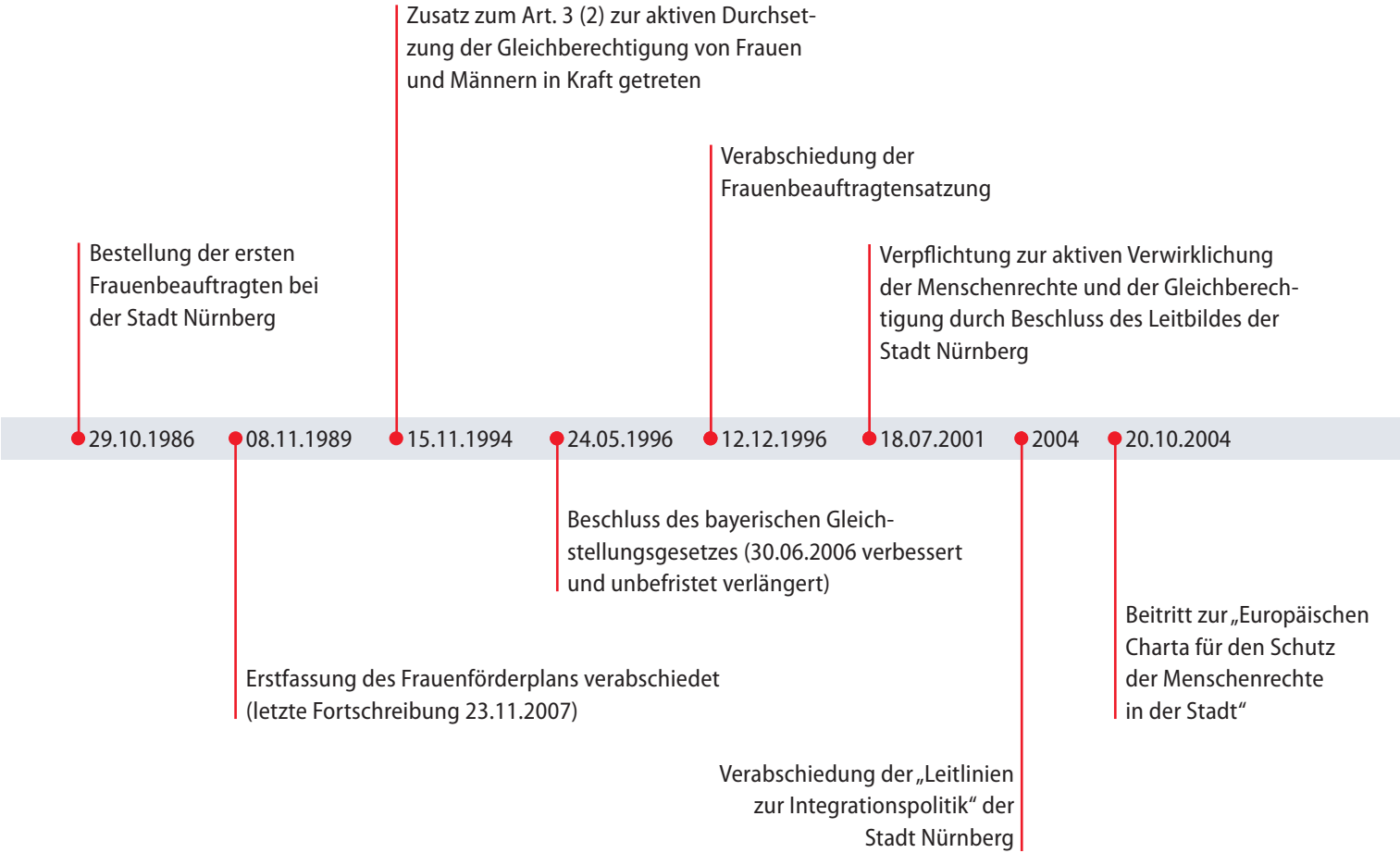
Mit dem vorliegenden Bericht legt die Stabsstelle Menschenrechtsbüro & Gleichstellungsstelle Rechenschaft über ihre Arbeit der Jahre 2023 und 2024 ab.

Am 10. Dezember 2023 gedachten Regierungen und Zivilgesellschaften weltweit des 75. Jahrestages der feierlichen Verkündung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen. Auch in Nürnberg wurde mit einer Reihe von Veranstaltungen dieses Fundament unseres städtischen Leitbilds in Erinnerung gerufen. Den Höhepunkt bildete eine Lichtinstallation in der Straße der Menschenrechte, die unter dem Motto „Annäherung“ die Besucherinnen und Besucher einlud, sich mit den Menschenrechten auseinanderzusetzen.



Lichtinstallation „Annäherung“ anlässlich des 75. Jahrestages der Verkündung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

Noch heute gilt die AEMR als eine der zentralen Errungenschaften der Menschheit. Kein anderes Wertesystem hat eine derart große Anerkennung durch Regierungen und Zivilgesellschaft erfahren wie die Menschenrechte.



Die Pflichttrias des Menschenrechtsschutzes – schützen, achten, gewährleisten – ist Aufgabe aller staatlichen Ebenen; das bedeutet, auch die Kommunen müssen innerhalb ihres Wirkungskreises dafür sorgen, dass menschenrechtliche Verpflichtungen umgesetzt werden. Mit dem Leitbild einer Stadt des Friedens und der Menschenrechte hat sich Nürnberg bereits im Jahr 2001 ein politisches Rahmenkonzept gegeben, das auf internationalen Menschenrechtsstandards basiert und auf den Schutz und die Förderung der Menschenrechte ausgerichtet ist – ein Beispiel, dem zwischenzeitlich viele Kommunen gefolgt sind.

In der Tat erlaubt das kommunale Selbstverwaltungsrecht, menschenrechtliche Standards in vielen Aufgabenbereichen zu verankern. Dazu stehen der Stadt mit ihren unterschiedlichen Funktionen

eine ganze Reihe rechtlicher Regelungsinstrumente in der Erfüllung eigener und übertragener Aufgaben zur Verfügung: Als demokratische Institution und Regelungsinstanz garantiert sie Partizipation, sorgt für soziale Gerechtigkeit, Diskriminierungsschutz und Gleichstellung sowie den besonderen Schutz vulnerabler Gruppen. Als Dienstleistungserbringerin ermöglicht die Kommune den diskriminierungsfreien und gleichberechtigten Zugang zu Wohnen, Bildung, Kultur und Sport. Als öffentliche Auftraggeberin mit ihrem umfassenden Beschaffungswesen kann die Kommune eine Vorreiterrolle bei der Erfüllung sozialer, ökonomischer und ökologischer Anforderungen einnehmen und schließlich kann sie als Arbeitgeberin Chancengerechtigkeit, Diskriminierungsschutz und gelebte Vielfalt fördern und unterstützen.

Umgekehrt profitieren aber auch die Menschenrechte und das internationale Menschenrechtssystem, wenn Städte sich explizit dazu bekennen. In besonderer Weise zeigt sich dies in Nürnberg durch den seit 1995 im zweijährlichen Turnus verliehenen Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreis, der bedrohte Menschenrechtsverteidigerinnen und Aktivisten ehrt und ein Signal weit über die Grenzen der Stadt hinaus sendet.

Globale Ereignisse und Krisen wirken jedoch auch stets in die Stadtgesellschaft, verbunden mit der Gefahr von Polarisierung und Spaltung. Dies zeigte sich nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, aber auch nach dem menschenverachtenden Terrorakt der Hamas gegen israelische Bürgerinnen und Bürger. Ein allgegenwärtiger Antisemitismus mit Angriffen und Feindseligkeiten

gegen jüdische Bürgerinnen und Bürger alarmiert und fordert zum Handeln ebenso auf wie eine Kollektivierung von als muslimisch gelesenen Menschen, die diese unter Generalverdacht stellt.

Gerade in einer Zeit, in welcher der gesellschaftliche Zusammenhalt einem enormen Stresstest ausgesetzt ist, kommt der Dialog- und Bildungsarbeit eine immer größere Bedeutung zu und bindet auch die Ressourcen der Stabsstelle stärker denn je.

Denn: Ziel der Arbeit von Menschenrechtsbüro & Gleichstellungsstelle ist es, zu einem ein respektvollen und gewaltfreien Miteinander beizutragen, damit alle in Nürnberg lebenden Menschen sich in einer offenen und vielfältigen Gesellschaft wohl und zugehörig fühlen.



INFORMIEREN, SENSIBILISIEREN, AKTIVIEREN

Es gibt keinen idealeren Ort, die Bedeutung der Menschenrechte zu vermitteln, als die lokale Ebene. In der Kommune wird nicht nur der Grad der Realisierung oder des Vorenthaltens vieler Menschenrechte wie die fehlende Gleichberechtigung der Geschlechter sichtbar. Lokal wird auch konkret erfahrbar, dass durch ein menschenrechtsbasiertes Vorgehen Gestaltungsmöglichkeiten erweitert werden

den – für die alltägliche Problemlösung und für ein gleichberechtigtes Leben aller Menschen in Würde – unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, ihres Geschlechts oder ihrer geschlechtlichen Identität, der ethnischen, kulturellen und religiösen Prägung sowie der sozialen Lage. Deshalb wählt die Stabsstelle stets Schwerpunktthemen, zu denen sie sich positioniert, aufklärt und sensibilisiert.



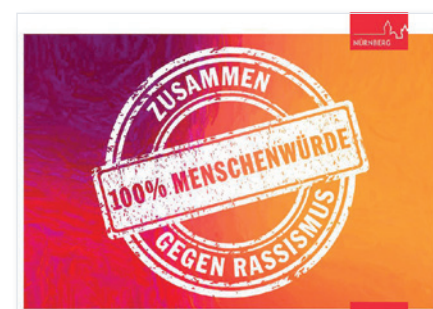
FRAUENMONAT MÄRZ

Alljährlich trägt die Gleichstellungsstelle Veranstaltungen und Aktionen in Nürnberg rund um den Internationalen Frauentag am 8. März zusammen und erstellt eine Veranstaltungsübersicht. Seit 2024 gibt es diese Übersicht ausschließlich in digitaler Form. Abrufbar ist diese über einen QR-Code bzw. einen Link, der jeweils auf der Rückseite einer breit gestreuten Postkarte zu finden ist. In den Jahren 2023 und 2024 fanden zahlreiche Veranstaltungen und Aktionen statt:

- 2023: 34 Veranstaltungen, organisiert von 39 Veranstalter*innen, davon drei online
- 2024: 38 Veranstaltungen, organisiert von 37 Veranstalter*innen, davon vier online.

NÜRNBERGER WOCHEN GEGEN RASSISMUS

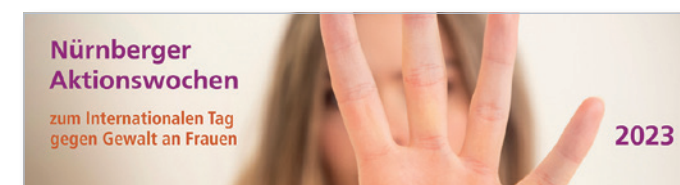
Bausteine für eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit dem Thema sind: Rassismus erkennen und beim Namen nennen, sich positionieren, widersprechen, diskutieren und eintreten für die Gleichwertigkeit aller Menschen. Die Stadt verfolgte unter dem Motto „Misch Dich ein!“ und „Menschenrechte für alle“ auch in den Märzwochen 2023 und 2024 wieder einmal das Ziel, mit vielfältigen Veranstaltungsprogrammen ein sichtbares Zeichen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu setzen, Bürger*innen zu sensibilisieren und Betroffene zu stärken.



AKTIONSWOCHEN ZUM INTERNATIONALEN TAG GEGEN GEWALT AN FRAUEN

Seit Jahren kämpfen in Nürnberg Organisationen, Vereine und Institutionen gegen Gewalt an Frauen. Dank deren Engagement erhalten Betroffene Unterstützung und die Nürnberger Stadtgesellschaft wird informiert und sensibilisiert.

- Der 25. November ist der Internationale Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen. Mit den Aktionswochen rund um diesen Tag setzte Nürnberg im Jahr 2023 erneut ein Zeichen, dass Gewalt gegen Frauen in unserer Stadt keinen Platz hat!
- Laufzeit: 17. November bis 2. Dezember 2023. 14 Aktionen, bzw. Veranstaltungen, wurden von 12 Einrichtungen geplant und durchgeführt. Aus Gründen der Nachhaltigkeit wurde auf Erstellung und Druck eines Flyers verzichtet. Stattdessen wurden die Aktionswochen mit einem digitalen Newsletter beworben.



NÜRNBERGER MÄNNERWOCHEN 2024

Die Nürnberger Männer*wochen finden im zweijährigen Turnus rund um den 3.11. (Weltmännertag) und den 19.11. (Internationaler Männertag) statt. Sie rücken Themen wie männliche Rollenstereotype, Männergesundheit, Patriarchat und Männlichkeit(en) in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit.

Die verschiedenen Veranstaltungsformate schaffen Raum für Informationen und Austausch, zur Sensibilisierung und Enttabuisierung. Gleichstellungsorientierte Männer*arbeit hat zum Ziel, Männern zu ermöglichen, ihre Lebensentwürfe ohne einengende Rollenzwänge und Benachteiligungen zu gestalten.

Die Männer*wochen im November 2024 hatten das Schwerpunktthema Gewalt und standen thematisch und zeitlich in Kontext mit der Ausstellung „Häusliche Gewalt LOSwerden“ – „Gleichberechtigung schützt vor Gewalt“.

Weitere Infos zum Programm unter:
www.maenner.nuernberg.de



VÄTERWOCHE 2023

Spannende Natur-Experimente, Trommelkurse, Spielnachmittage oder Online-Treffen – die 4. Nürnberger Väterwoche bot von 16. bis 25. Juni 2023 eine Plattform für Information und Austausch. Rund um den Internationalen Vatertag hat die Gleichstellungsstelle der Stadt Nürnberg mit vielen Partner*innen ein abwechslungsreiches Programm zusammengestellt.

Die Väterwoche gibt Vätern mit Kindern die Möglichkeit, sich aus vielfältigen Blickwinkeln zu verschiedenen Fragestellungen über das Vaterwerden und das Vatersein beim gemeinsamen Frühstück bis zu verschiedenen Kursen auszutauschen: von der Geburtsvorbereitung speziell für Väter, einem PEKiP-Kurs (Prager Eltern-Kind-Programm) über Vater-Kind-Turnen bis hin zu verschiedenen Gesprächs- und Beratungsangeboten.



Schaufenster der Buchhandlung Jakob zur Väterwoche 2023 bei



Oberbürgermeister Marcus König und Frauenbeauftragte Hedwig Schouten mit Rednerin Dr. Stevie Schmiedel beim Frauenempfang 2023

FRAUENEMPFANG 2023

Unter dem Motto: „Zank um Sternchen: Was braucht Feminismus heute?“ luden der Oberbürgermeister und die Frauenbeauftragte im März 2023 zum Frauenempfang ein. Rednerin des Abends war Dr. Stevie Schmiedel, Autorin und Gründerin von Pinkstinks. Sie sprach sich vor den rund 250 Gästen für mehr zwischenmenschliche Begegnungen und analoge Gespräche zu feministischen Themen aus und empfahl, stets die Perspektive des Gegenübers nicht aus dem Blick zu verlieren. Musikalisch begleitete den Abend Elena Steri.

ERSTE QUEERE PARTNERSTADTREISE NACH KRAKAU

Im Mai 2024 fand die erste queere Delegationsreise, als Teil des Aktionsplans Queer, nach Krakau statt. Auf dem Programm standen u.a. die Teilnahme an der PRIDE-Demo und an Austauschformaten mit der Krakauer Community. Die Vernetzung über die Landesgrenzen hinweg, leistet einen wesentlichen Beitrag zu internationaler Solidarität. Im Rahmen der Partnerstadtarbeit konnten 23 beziehungsweise 24 Aktivist*innen aus Krakau und Skopje in Nürnberg begrüßt werden.



EINDRÜCKE VON WEITEREN VERANSTALTUNGEN



Sisters of Comedy 2023



Sisters of Comedy 2024



Lesung am 18.04.2023 im Nürnberger Presseclub: „Geboren, aufgewachsen und ermordet in Deutschland“, mit Çetin Gültekin und Mutlu Koçak



Regenbogenforum_Kirchentag_Nuremberg



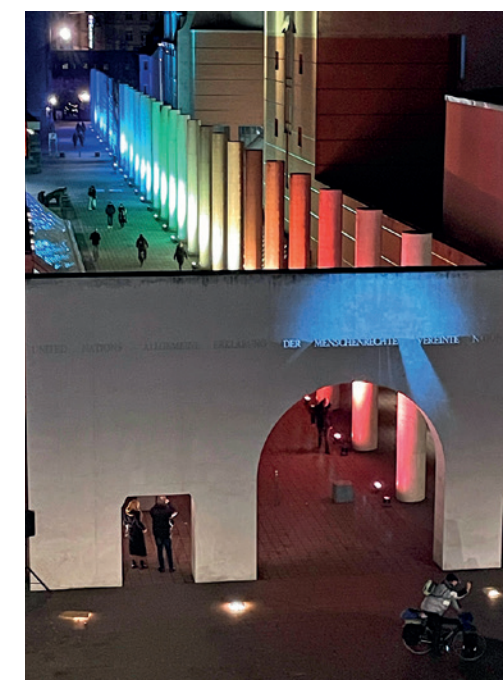
Das Team der Gleichstellungsstelle am Infostand am Max-Morlock-Stadion anlässlich der Personalversammlung am 22.05.2024



Oberbürgermeister Marcus König und Bürgermeister Christian Vogel bei der Einweihung des Regenbogen-Zebrastreifens



Führung durch die Straße der Menschenrechte für Mitglieder der Max-Planck-Gesellschaft im April 2024





Hinweis im Fahrgast-TV der VAG in allen Bussen, Trams und U-Bahnen

AUSSTELLUNG „HÄUSLICHE GEWALT LOSWERDEN“

Die Wanderausstellung „Häusliche Gewalt LOSwerden“ des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales behandelt die Themenbereiche „Häusliche Gewalt gegen Frauen und Männer“ sowie „Gewalt gegen Kinder und Jugendliche“.

Die Gleichstellungsstelle präsentierte die Ausstellung vom 5. bis 29. November 2024 in Nürnberg und bot gemeinsam mit verschiedenen Kooperationspartner*innen ein umfangreiches Rahmenprogramm zu unterschiedlichen Aspekten Häuslicher und Sexualisierter Gewalt an. Darüber hinaus wurden geführte Rundgänge für Gruppen und Einzelpersonen durch die Ausstellung angeboten.



BU Ausstellungseröffnung am 05.11.2024 mit OBM Marcus König, Sozialreferentin Elisabeth Ries und Abteilungsleiterin Christiane Nischler-Leibl im Bay. Sozialministerium sowie der Frauenbeauftragten Hedwig Schouten und dem Ansprechpartner für Männer Matthias Becker



Digitale Medien und Plattformen im Kontext Häuslicher Gewalt: soziale und örtliche Kontrolle, psychische Gewalt, Verleumdung, Fake Nachrichten an Freunde und Familie ...

Häusliche Gewalt ist leider keine seltene Ausnahme, wie viele glauben, sondern ein Thema, das in allen sozialen Schichten vorkommt und somit alle Menschen in der Gesellschaft betrifft. Sie findet hinter verschlossenen Türen statt und bleibt oft unsichtbar. Die Ausstellung will daher Licht ins Dunkel bringen und auf die Dringlichkeit des Themas aufmerksam machen.

Unter dem Titel „Häusliche Gewalt LOSwerden“ informiert und sensibilisiert die Ausstellung mit sechs unterschiedlichen Modulen, welche die verschiedenen Formen und Ausprägungen Häuslicher Gewalt näher beleuchten. Sie ermuntert dazu, genau hinzuschauen und verweist auf die vielfältigen Hilfsangebote für Betroffene in Bayern.

Ergänzt wurde die Ausstellung „Häusliche Gewalt LOSwerden“ durch die Plakate der Kampagne „Was männlich ist, entscheidest Du. Jeden Tag.“

Noch immer hält sich die Vorstellung, Männlichkeit drücke sich durch Stärke, Dominanz und Rationalität aus. Solche und weitere Rollenstereotype sowie die damit verbundenen gesellschaftlichen Anforderungen an Männer sind oft der Ursprung für toxische Männlichkeit, für destruktives Männlichkeitsverhalten. Dies ist neben selbstschädigendem Verhalten vor allem auch die Wurzel für Abwertung, Sexismus und letztlich auch körperliche Gewalt gegen Frauen. Darüber haben wir für diese Kampagne mit Männern gesprochen.

Das gesamte Rahmenprogramm zur Ausstellung „Häusliche Gewalt LOSwerden“ und weitere Informationen unter: https://go.nuernberg.de/Ausstellung_Gewalt_LOSwerden



Das Plakat zur Ausstellung

ENGAGEMENT WÜRDIGEN

DER INTERNATIONALE NÜRNBERGER MENSCHENRECHTSPREIS

MENSCHENRECHTSPREISVERLEIHUNG 2023

Die 15. Verleihung des Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreises fand am Sonntag, den 24. September 2023 im Opernhaus statt. Nach einer multireligiösen Feier am Kubus der Religionen an der Frauentormauer, organisiert vom Rat der Religionen, besuchten rund tausend Gäste die gemeinsame Veranstaltung des Staatstheaters und der Stadt Nürnberg zu Ehren von Malcolm Bidali. Der Kenianer wurde für seinen bewundernswerten Mut, die Stimme gegen den Missbrauch und die Ausbeutung von immigrierten Arbeitskräften in Katar zu erheben, ausgezeichnet. Bidali arbeitete als Wachmann in Katar. Wie unzählige Arbeitskräfte aus dem Ausland litt er unter sehr schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen. Da seine Beschwerden bei den Behörden erfolglos blieben, berichtete er unter dem Pseudonym Noah auf unterschiedlichen Social-Media-Kanälen über die erlebten und berichteten Menschenrechtsverletzungen. Wegen seines Engagements wurde er verhaftet und ohne Rechtsbeistand dreißig Tage in Einzelhaft gehalten. Nur dank des Einsatzes von Menschenrechtsorganisationen und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) kam Bidali frei und konnte nach Kenia zurückkehren.

Oberbürgermeister Marcus König schilderte in seiner Rede noch einmal den besonderen Einsatz Malcolm Bidalis, der bis heute für die Rechte von Wanderarbeitern kämpft. König wandte sich noch einmal direkt an Bidali, er „hoffe sehr, dass unsere Auszeichnung Ihnen die Kraft und Unterstützung zum Weitermachen gibt!“ Joachim Herrmann, Bayerischer Staatsminister des Innern, für Sport und Integration lobte Bidali als Vorbild eines Verfechters der Menschenrechte und Cathy Feingold, Stellvertretende Präsidentin des IGB (Internationaler Gewerkschaftsbund), gratulierte in ihrer Videobotschaft dem Preisträger zu seinem Mut. Jurymitglied Morten Kjærum sprach in seiner Laudatio über die universelle Bedeutung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und warnte vor der Entwicklung hin zu „mehr Sklaven als je zuvor“ auf der Welt.



Ein Ausschnitt aus der Fernsehdokumentation „Katar – WM der Schande (Episode 2: Die Toten)“ der Journalisten Benjamin Best, Robert Kempe und Jochen Leufgens vermittelte den Gästen im Opernhaus noch einmal eindrückliche Bilder aus Katar und den menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen rund um die Fußball-WM 2022. Musikalisch umrahmt wurde der Festakt von der Staatsphilharmonie Nürnberg unter der Leitung des Generalmusikdirektors Roland Böer, die als Überraschung für den Preisträger am Ende der Verleihung eines seiner Lieblingslieder „Am/*eo“ von ERA spielten.

Ein besonderer Ehrengast der Verleihung war Menschenrechtspreisträger Abdolfattah Soltani. Die Teilnahme an seiner eigenen Preisverleihung war dem Rechtsanwalt 2009 verwehrt worden, da ihm die iranischen Behörden noch am Flughafen den Pass entzogen hatten. Von 2011 bis 2018 war er im berüchtigten Evin-Gefängnis in Teheran inhaftiert. Die Anklagepunkte lauteten: Gründung des „Zentrums zum Schutz der Menschenrechte“, Versammlung und Verdunklung mit systemfeindlicher Absicht, Verbreitung regimefeindlicher Propaganda und die Annahme eines „ungesetzlichen Preises“ (der Internationale Nürnberger Menschenrechtspreis). Nun besuchte er zum ersten Mal Nürnberg und trug sich in das Goldene Buch der Stadt ein.



Der Preisträger des Jahres 2009, Abdolfattah Soltani, bei seinem ersten Besuch in Nürnberg im September 2023

FRIEDENSTAFEL

Im Anschluss an die Verleihung folgte die traditionelle Nürnberger Friedenstafel. Das gemeinsame „Picknick“ der Nürnberger Bevölkerung mit Freunden, Verwandten, Vereins- und Arbeitskolleginnen ist für die Preisträger*innen immer ein besonderes Zeichen der Solidarität. Organisiert vom Amt für Kultur und Freizeit und dem Menschenrechtsbüro lockte die ausverkaufte Friedenstafel mehr als 4.000 Gäste an, die bei herrlichem Wetter und mitgebrachten Speisen feierten. Mitglieder der internationalen Jury für den Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreis stellten sich den Fragen der Gäste und begleiteten Malcolm Bidali beim Rundgang entlang der Tafel zusammen mit Oberbürgermeister Marcus König. Ein neues Angebot war diesmal die KinderKreativ Friedenstafel mit Angeboten für die jungen Gäste. Zur gleichen Zeit wurde auf dem Jakobsplatz auch der Weltkinder- tag gefeiert.



Multireligiöses Gebet vor der Preisverleihung 2023 am Kubus der Religionen



Auf dem Weg vom Opernhaus zur Friedenstafel

BEGLEITPROGRAMM RUND UM DIE MENSCHENRECHTSPREISVERLEIHUNG 2023

Rund um den Festakt gestalteten unterschiedliche Organisationen wieder ein umfangreiches Begleitprogramm um das Thema des Preisträgers. Unter anderem widmete sich die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg in Kooperation mit dem Center for Human Rights Nuremberg (CHREN) und der Internationalen Akademie Nürnberger Prinzipien (IANP) in einer hochkarätigen internationalen Konferenz dem Thema „Business and Human Rights – Governance Challenges in Times of Complexity and Crisis?“. Unter dem Titel „Fair Work – Fair Play. Wanderarbeit und Menschenrechte nicht nur im fernen Katar“ diskutierte ein Podium aus Expert*innen für Arbeit und Migration über die Missstände, denen auch hier in Deutschland Wanderarbeitkräfte ausgesetzt sind. Gestaltet wurde der Abend durch das Menschenrechtsbüro und einem breiten Bündnis aus Zivilgesellschaft und Verwaltung: Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus, Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutsche Akademie für Fußballkultur, Evangelische Stadtakademie Nürnberg und Nürnberger Menschenrechtszentrum.

WELCOME BACK MALCOLM BIDALI

Ein Jahr nach der Preisverleihung, im Oktober 2024, kehrte der Preisträger zurück nach Nürnberg, um bei einem Willkommensempfang in der Ehrenhalle des Rathauses und bei unterschiedlichen Veranstaltungen und in Schulen vom aktuellen Fortgang seiner Arbeit in Kenia zu berichten und sich mit Menschenrechtsaktivist*innen sowie Gewerkschaftsvertreter*innen vor Ort auszutauschen. Zwei Veranstaltungen rückten die Rechte von Arbeitsmigrant*innen in den Fokus: Am 30.9. diskutierten Malcolm Bidali, Marius Hanganu (Faire Mobilität) und Peter Lysy (KDA) im Haus eckstein über Ausbeutung in Deutschland. Am 1. Oktober 2023 zeigte das Filmhaus in Kooperation mit NIHRFF und der Deutschen Akademie für Fußball-Kultur den Film „The Workers Cup“ über die Lebensrealität von WM-Arbeitskräften in Katar. Anschließend sprach Bidali über seinen unermüdlichen Einsatz für faire Arbeitsbedingungen in der Golfregion.



Malcolm Bidali im Gespräch mit Corinna Mielke vom Bayerischen Rundfunk anlässlich seines zweiten Besuchs in Nürnberg im Oktober 2024

BUNDESWEITE AUSZEICHNUNG FÜR NÜRNBERGS GLEICHSTELLUNGSARBEIT

Für ihre vorbildliche Gleichstellungsarbeit erhielt die Stadt Nürnberg den „Gender Award – Kommune mit Zukunft 2023“. Nürnberg wurde in der Kategorie Großstadt mit dem ersten Preis ausgezeichnet, die Städte Köln und Mannheim teilten sich den zweiten Platz. Mit dem „Gender Award“ würdigt die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen erfolgreiche und beispielhafte Gleichstellungsarbeit vor Ort in den Kommunen.

Die Stadt Nürnberg überzeugte die Jury mit ihrem besonderen strukturellen Konzept für Gleichstellung in der Kommune und ihrer Vernetzung innerhalb der Verwaltung. Bereits 1986 wurde die erste Frauenbeauftragte bei der Stadt Nürnberg bestellt. Neben der langjährigen Förderung von Frauen werden seit 2016 durch die Einrichtung der Stelle des Ansprechpartners für Männer auch Männer als Akteure und Adressaten von Gleichstellung angesprochen, zum Beispiel durch die regelmäßig stattfindenden Männerwochen und einem Programm für Väter und Kinder. Die Jury lobte in der Begründung auch die Verknüpfung von Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsarbeit und die eigene LSBTIQ*-Koordinierungsstelle. Die Jury war außerdem davon beeindruckt, dass im Stadtrat alle Ratsvorlagen einem Diversity-Check unterzogen werden.



Frauenbeauftragte Hedwig Schouten und Ansprechpartner für Männer Matthias Becker erhielten am 6. Februar 2023 den Gender Award von Lisa Paus, damalige Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Gender Award 2023: Urkunde und Preisstele für die Stadt Nürnberg.



Oberbürgermeister Marcus König und Frauenbeauftragte Hedwig Schouten mit Frauenpreisträgerin Ella Schindler sowie Dr. Maike Müller-Klier und ihrem Team vom IHK-Netzwerk „FRAUEN UNTERNEHMEN WIRTSCHAFT“ und Marisa Kleinmann, die einen gemeinsamen Anerkennungspreis erhielten.

FRAUENPREIS DER STADT NÜRNBERG

Im März 2024 wurde die Journalistin Ella Schindler im Historischen Rathaussaal der Stadt Nürnberg während eines Festaktes mit 350 Gästen der mit 8.000 Euro dotierte Frauenpreis verliehen. Sie erhielt die Auszeichnung für ihr langjähriges Engagement für eine vielfältige und gleichberechtigte Stadtgesellschaft. Ein gemeinsamer Anerkennungspreis ging an das IHK-Netzwerk „FRAUEN UNTERNEHMEN WIRTSCHAFT“ und an Marisa Kleinmann für ihr Engagement zur Stärkung der Repräsentanz von Frauen in der Wirtschaft und zur Förderung der finanziellen Unabhängigkeit von Frauen.

Aufgrund ihrer Lebensgeschichte ist Ella Schindler ein Vorbild für viele zugewanderte junge Menschen, vor allem Frauen: Als 16-jährige mit ihrer russland-deutschen Familie aus der Ukraine in Deutschland angekommen, hatte sie auf ihrem Lebensweg mit

FRAUENPREIS DER STADT NÜRNBERG

- Zwischen 1990 – 2024 wurde der Preis 20 Mal vergeben.
- Ausgezeichnet wurden 14 Einzelpersonen und 20 Frauengruppen.
- Seit 2024 ist der Preis mit 8.000 € dotiert.
- Zunächst jährlich, wird er seit 1994 alle zwei Jahre verliehen.
- Die Preisverleihung erfolgt immer im Monat März im Rahmen des Internationalen Frauentages.

vielen Hürden zu kämpfen, sich dabei aber stets auch für andere eingesetzt. Hervorzuheben ist ihr Engagement für die Ukraine und die vor dem Krieg geflüchteten ukrainischen Frauen in Nürnberg. Als Sprachrohr für diese Frauen und andere Migrantinnen und Migranten bricht sie unter anderem mit Klischees über Frauen aus Osteuropa.

Das Zusammenbringen von Menschen erweist sich als roter Faden in Ella Schindlers vielfältigem und breit aufgestelltem Engagement. Aus der Jurybegründung: „Sie hat dafür mehr als einmal ihre Komfortzone verlassen und oftmals die Flucht nach vorne für mehr Sichtbarkeit gewagt. Mit ihrem Engagement, ihrer Aufgeschlossenheit, ihrem differenzierten Blick und Mut ist sie sowohl Sprachrohr als auch Vermittlerin zwischen den Menschen, Kulturen und Lebenswelten. Als Netzwerkerin bringt sie Frauen zusammen, als Role Model ist sie Hoffnungsträgerin und Mutmacherin zugleich.“

AUS DER FRAUENPREISSATZUNG

Mit dem Frauenpreis zeichnet die Stadt Nürnberg alle zwei Jahre herausragende Leistungen von Frauen und Frauengruppen aus, die sich haupt- oder ehrenamtlich mit der Situation von Frauen, ihren Lebensbedingungen und ihrer Geschichte auseinandersetzen und neue Denkmuster und Handlungsformen in Arbeitswelt, Medien, Kultur, Politik, Bildung, Wissenschaft und Gesellschaft aufzeigen.



Frauenpreisträgerin Ella Schindler. Neben Preisgeld und Urkunde wurde zum ersten Mal auch die Preisskulptur „Die Blaue Nike“ überreicht, gestaltet von der Nürnberger Künstlerin Michaela Biet.

NÜRNBERGER PREIS FÜR DISKRIMINIERUNGSFREIE UNTERNEHMENSKULTUR 2024

Wie bereits in den Vorjahren fand die achte Verleihung des Preises im Oktober 2024 im Rahmen eines Betriebsbesuches von Oberbürgermeister Marcus König, Mitgliedern der Jury und des Stadtrates beim Preisträger statt. Nach mehreren Auszeichnungen für Unternehmen aus der Gemeinwohlökonomie hatte sich die Jury ganz bewusst mit der Firma Degen GmbH & Co. KG für ein Familienunternehmen aus dem Mittelstand entschieden. Als Anbieter analoger und digitaler Bildungslösungen ist die Firma omnipräsent in Klassenzimmern und bei Unternehmen.

Beeindruckt zeigte sich die Jury von der starken Werteorientierung des Unternehmens auf dem Fundament der Menschenrechte und dem großen Engagement bei der Arbeitsmarktintegration geflüchteter Menschen. Übersetzt wurde dies in einen Verhaltenskodex, der die grundlegenden Prinzipien eines diskriminierungsfreien, wertschätzenden und offenen Umgangs nach innen und außen normiert.



Oberbürgermeister Marcus König, Geschäftsführung und Mitarbeitende der Firma Degen bei der Übergabe der Auszeichnung am 15. Oktober 2024

MOSAIK-JUGENDPREIS – MIT VIELFALT GEGEN RASSISMUS

Der Mosaik-Jugendpreis wird seit 2015 im Gedenken an die fünf Todesopfer der rechtsextremen Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ in den Städten München und Nürnberg vergeben:

Enver Şimşek, 11. September 2000, Nürnberg
Abdurrahim Özudoğlu, 13. Juni 2001, Nürnberg
Habil Kılıç, 29. August 2001, München
Ismail Yaşar, 9. Juni 2005, Nürnberg
Theodoros Boulgarides, 15. Juni 2005, München

In Kooperation mit der Landeshauptstadt München ehrt der Preis jährlich Jugendprojekte, die sich in besonderer Weise gegen Rassismus engagieren und sich für interkulturellen Dialog und Begegnung einsetzen. Im März 2023 fand die Verleihung nach der Pandemie erstmals wieder in der Kulturwerkstatt Auf AEG statt. Am 18. März 2024 feierte der Preis im NS-Dokumentationszentrum München seine 10. Jubiläumsveranstaltung.



Oberbürgermeister der Stadt München, Dieter Reiter und Oberbürgermeister Marcus König gemeinsam mit den Jurymitgliedern und Preisträger*innen

MOSAIK-JUGENDPREIS 2023

1. Preis: „**Warum hört das nicht auf zu brennen? Oder: Vom Gestern im Heute. Auf den Spuren des NSU**“, Nürnberg
 2. Preis: „**Lebendig begraben**“, Nürnberg
 3. Preis: „**Perspektivwechsel_MWG**“, München
- Anerkennungspreis: „**Unterrichtsstunde gegen Diskriminierung**“, München



MOSAIK-JUGENDPREIS 2024

1. Preis: „**Ich hätte die Mörder sehen können. Vom Hof meiner Schule aus.**“, Nürnberg
 2. Preis: „**Verschieden sind wir stark! – Der SMV-Projekttag am 16.06.2023**“, München
 3. Preis: „**KALEIDOSKOP**“, München
 3. Preis: „**Seenotrettung im Mittelmeer**“, Nürnberg
- Anerkennungspreis: „**Realitycheck**“, Nürnberg



Impressionen Preisverleihung 2023 in Nürnberg



DEUTSCHER MENSCHENRECHTSFILMPREIS

Am 7. Dezember 2024 wurde der mittlerweile 14. Deutsche Menschenrechts-Filmpreis in der voll besetzten Nürnberger Tafelhalle vergeben. Aus insgesamt 420 Einreichungen waren die Preisträger und Preisträgerinnen in sechs Kategorien ermittelt worden: Langfilm, Kurzfilm, Hochschule, Non Professional, Magazin und Bildung. Die zwanzig Organisationen des Veranstalterkreises sichteten die Filme im Rahmen einer Vorjury und gaben die ausgesuchten Filme an hochkarätig besetzte Fachjurs zur Entscheidung weiter. Herausragende Film- und Fernsehproduktionen, die sich in besonderer Weise mit den verschiedensten Aspekten der Menschenrechte befassen, wurden ausgewählt. Die Preisverleihung moderierte Christoph Süß gewohnt professionell und kurzweilig. Musikalisch wurde der Abend von Jonas Sorgenfrei „Souvenir Quartett“ begleitet. Die Schirmherrschaft übernahm die Schauspielerin und Autorin Katja Riemann.

PREISTRÄGERFILME

- „**Sieben Winter in Teheran**“ – Langfilm
- „**Zelle 5 – Eine Rekonstruktion**“ – Kurzfilm
- „**Migrationskrise? Eine Gemeinde zeigt, wie es geht**“ – Magazin
- „**Hausnummer Null**“ – Hochschule
- „**Alles gehört zu dir**“ – Non Professional
- „**Fünfzehn Minuten**“ – Bildung

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Die Stabsstelle betrachtet es als eine ihrer zentralen Aufgaben, mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit immer wieder auf das Leitbild der Stadt zu verweisen und innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung zu verankern. Das bedeutet, es werden Wege aus bestehenden Benachteiligungen und Diskriminierungen aufgezeigt, Antidiskriminierungskompetenz erhöht sowie für ein demokratisches und solidarisches Miteinander und eine geschlechtergerechte Stadtgesellschaft geworben. Dazu

nutzt die Stabsstelle Social Media-Formate wie Instagram, produziert Podcasts zu aktuellen Themen, erstellt Broschüren und führt Plakataktionen durch. Mit Dialogveranstaltungen und Vorträgen in den Communities, auf Konferenzen, bei BarCamps, in Onlineformaten sowie Gastbeiträgen vermittelt sie Wissen, positioniert sich zu relevanten Themen, steht als Ansprechstelle für Presseanfragen zur Verfügung und ermuntert so die Zivilgesellschaft zu einer gelebten Kultur der Menschenrechte.



INSTAGRAM

Seit April 2022 hat die Stabsstelle einen eigenen Instagram-Account, um über ihre Arbeit und allgemeine Menschenrechts- und Gleichstellungsthemen zu informieren. Bis Ende 2024 wurden mehrere Dutzend Posts und zahlreiche Stories veröffentlicht. Dem Account folgen zwischenzeitlich über 1.000 Menschen. Knapp zwei Drittel von ihnen sind im Alter zwischen 25 und 44 Jahren. 70 Prozent der Follower*innen sind weiblich. Die Vernetzung mit anderen professionellen Accounts wird stetig vorangetrieben. Da die Stadt Nürnberg selbst und auch immer mehr ihrer Dienststellen auf Instagram vertreten sind, ergibt sich eine sehr gute Möglichkeit der gemeinsamen und niedrigschwelligen Öffentlichkeitsarbeit.

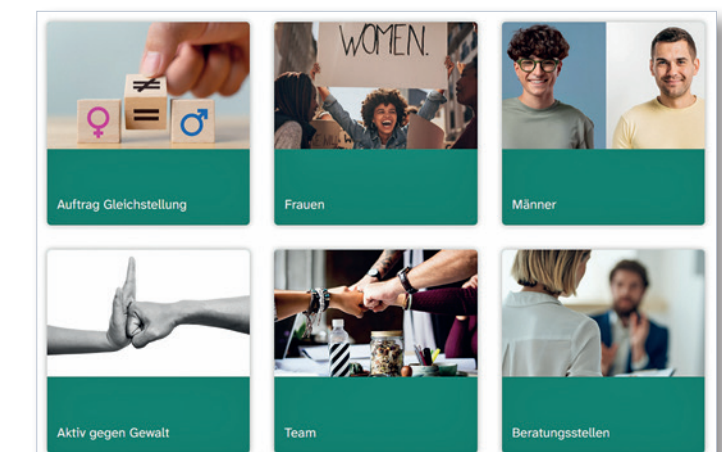
Link zum Instagramprofil:

[menschenrechte_gleichstellung](#)



NEUES MINIWEB GLEICHSTELLUNG

Im Jahr 2024 mündete die Überarbeitung der Website der Gleichstellungsstelle im neuen Miniweb „Gleichstellung“. Auch dank der Unterstützung des Amts für Kommunikation und Stadtmarketing ist die Arbeit der kommunalen Gleichstellungsstelle nun benutzerfreundlich dargestellt. Aktionen, Kampagnen und Informationen zu Unterstützungsangeboten und Anlaufstellen für Ratsuchende sind kompakt und ansprechend aufbereitet.



Neues Miniweb der Gleichstellungsstelle



BETRIFFT: UNS ALLE

Einmal im Jahr gibt die Gleichstellungsstelle die Beilage „betrifft: uns alle“ im Rahmen des regelmäßig erscheinenden Magazins „betrifft“ für Mitarbeitende der Stadt Nürnberg heraus. In der Beilage informiert sie Kolleginnen und Kollegen über die Arbeit der Gleichstellungsstelle und greift aktuelle gleichstellungspolitische Themen auf.

Fester Bestandteil im Berichtszeitraum waren Aspekte rund um die Vereinbarkeit von Privatleben, Familie und Beruf der städtischen Beschäftigten. Hier wurde über die Umsetzung der Ergebnisse der im Jahr 2021 durchgeführten Väter- und Mütterbefragung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf unter den städtischen Beschäftigten berichtet. Darüber hinaus wurden mit einem Erfahrungsbericht speziell Männer dahingehend sensibilisiert, dass eine Reduzierung der Arbeitszeit bei der Stadt Nürnberg auch in Führungspositionen möglich ist und so beispielsweise Vätern mehr Zeit für die Familie ermöglichen kann.



„GEWALT KOMMT MIR NICHT IN DIE TÜTE!“

Am 25. November 2023 und 2024 wurden insgesamt 148.000 Tüten mit der Aufschrift „Gewalt kommt mir nicht in die Tüte!“ in Nürnberger Bäckereien, Apotheken und bei der Nürnberger Tafel herausgegeben.



Informationen zur Vertraulichen Spurensicherung sind nun auch in Leichter Sprache verfügbar.

VÄTERPLAKATE – WANDERAUSSTELLUNG „PAPA MACHT DAS SCHON“

Die Plakate wurden unter dem Thema „Väter und Elternzeit“ von Lehramtsstudierenden des Fachs Kunst und Gestaltung der Universität in Greifswald designt. Mit Wortspielen zum Schmunzeln, mit einem anderen, jungen Blick auf das Thema, der Rollenstereotype aufgreift und diese irritierend reflektiert.

Die Plakatkampagne zu Vätern in Elternzeit „Papa macht das schon“, welche die Väterwochen 2023 begleitete, lieferte mit Motiven und Slogans wie „Papa kümmert sich ums Geschäft“ oder „Papa greift zur Flasche!“ einen pointierten Einblick in das Thema Rollenstereotype. Unterstützt wurde die Kampagne von der VAG: Drei Plakatskizzen zielen auf die Hecks von VAG-Bussen.

Aus der Kampagne entstand die gleichnamige Wanderausstellung mit 18 Plakaten, die kostenlos in der Gleichstellungsstelle ausgeliehen werden kann.



In der VAG Werkstatt zum Start der Kampagne mit drei beklebten Bussen. mit v.r.n.l. 3. BM Christian Vogel, Frauenbeauftragte Hedwig Schouten, VAG Vorstand Magdalena Weigel, VAG Werkstatt-Mitarbeiter, der selbst Elternzeit genommen hat und Matthias Becker, Ansprechpartner für Männer in der Gleichstellungsstelle der Stadt Nürnberg.



VERNETZUNG & KOOPERATION

Netzwerk Mädchen*arbeit in Mittelfranken

AK Menschenhandel Bundesnetzwerk kommunaler
Diversitystellen

Kuratorium des Frauentreffs „Frauenzimmer“ **Koordinierungsgruppe Gender**

Landesarbeitsgemeinschaft Runder Tisch Väternetzwerke
Jungen*- und Männer*arbeit Bayern Cities for Life – Cities against Death Penalty

AK Betriebliches Gesundheitsmanagement Städte Sicherer Häfen AK Trennung und Scheidung
Koordinierungsgruppe **AK Vertrauliche Spurensicherung**

Nürnberger Bündnis Fair Toys Trägerkreis Deutscher Menschenrechtsfilmpreis

AG der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Mittelfranken Runder Tisch Rotlicht Bundesforum Männer
Bedrohungsmanagement Koordinierungsgruppe Integration

AK Flucht und LSBTI ECCAR Europäische Städtekoalition
Bundesnetzwerk Kommunaler LSBTI-Stellen AK Muslime und IKGN gegen Rassismus

Beirat Jobcenter Nürnberg AK Erinnern u. Menschenrechte **Queernetzwerk**

LSBTI-Mitarbeiter*innennetzwerk World Human Rights Cities Forum

Frauen*netzwerk Bundesnetzwerk kommunaler Antidiskriminierungsstellen

AK Alleinerziehende Nürnberg Netzwerk Mädchen*arbeit in Mittelfranken Rainbow Cities Lenkungsausschuss des Bündnisses für Familie

AG Diversity Regionales Bündnis gegen Trans- und Homophobie Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler
Frauenbüros und Gleichstellungsstellen

Projekt „Kommunales Konfliktmanagement“ (KoKoMa) Kuratorium Vielfalt und Zusammenhalt

Mayors for Peace **Netzwerk Jungen und Männer in Nürnberg**

Initiative Klischeefrei AK Gesundes Städtenetzwerk

Netzwerk Frauen in Führung Landesarbeitsgemeinschaft der
bayerischen Gleichstellungsstellen

AK Väterarbeit in Nürnberg Netzwerk Kommunales Konfliktmanagement im
öffentlichen Raum (deutschsprachiger Raum)

Landesnetzwerk kommunaler Antidiskriminierungsstellen **Runder Tisch Menschenrechte**

AK Frauen und Gesundheit Betriebliche Kommission #ICANSave meine Stadt
Leistungsorientierte Bezahlung AK Sicherheit und Sauberkeit

AK gegen Häusliche und Sexualisierte Gewalt Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg

Fair Toys Organisation **Aktionsplan Queeres Nürnberg**

Netzwerk Gleichstellung in der Metropolregion Nürnberg AK Frauen in der Migrationsarbeit (FIDMA)

Kommission der Frauenbeauftragten
des Deutschen Städtetags

AK Frauen und Wohnen

Koordinierungskreis SOGI

Schrift regulär: Koordination Stabsstelle
Schrift kursiv: Teilnahme Stabsstelle

■ stadintern
■ Kommunale Ebene
■ Regionale Ebene
■ Landesebene
■ Bundesebene
■ Internationale Ebene

DIE FAIR TOYS ORGANISATION E.V.

ERSTE SIEGEL FÜR SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE VERANTWORTUNG IN DER SPIELWARENPRODUKTION

In der im Jahr 2020 gegründeten Fair Toys Organisation (FTO) verbindet sich die Fachkenntnis der Industrie mit der Arbeits- und Menschenrechtsexpertise der Zivilgesellschaft. Die Stadt Nürnberg war von Beginn an am Aufbau der Multistakeholder-Organisation beteiligt.

Im September 2023 konnten nun die ersten Siegel für soziale und ökologische Verantwortung in der Spielwarenproduktion in den Räumen des Spielzeugmuseums vergeben werden. Die beiden Unternehmen Heunec und Plasticant Mobilo dürfen seit September 2023 das Siegel auf ihren Produkten tragen. Sie erfüllen in hohem Maß die Kriterien des Fair Performance Checks (FPC). Mit diesem bewertet die FTO das Engagement von Spielzeugherstellern in Bezug auf ihre soziale und ökologische Verantwortung in ihren Lieferketten. Flankiert wurde die Siegelvergabe von einem Fachgespräch, bei dem Hintergrundinformationen zum Siegel erläutert wurden.



Josephine Dransfeld, Fa. Heunec

FTO AUF DER SPIELWARENMESSE

In beiden Berichtsjahren gab es zahlreiche Begegnungen mit Akteur*innen der Spielwarenbranche am Stand der FTO auf der Spielwarenmesse. Ein spannender Austausch kam beispielsweise über die Kooperation des Nürnberger Campus of Technology und der FTO zustande: Prof. Frank Ebinger gab am FTO-Stand Einblicke in die Entwicklung und gemeinsame Pilotierung eines Risikoanalyse-Tools, das speziell für die Spielwarenbranche entwickelt wurde.

FAIR-TOYS-TALK IM NÜRNBERGER RATHAUS

Im Nachgang zur Spielwarenmesse im Jahr 2024 lud Oberbürgermeister Marcus König die Spielwarenunternehmen in der Metropolregion Nürnberg zu einem „Fair-Toys-Talk“ ins Rathaus ein. Der Einladung waren Vertreter*innen von 14 Spielwarenunternehmen gefolgt. Sie befassten sich, angeregt durch zwei Podien, mit der Zukunftsfähigkeit von fair produzierten und gehandelten Spielwaren. Beim anschließenden „Get together“ ging die spannende Kommunikation weiter.



Vorstand der Spielwarenmesse Christian Ulrich, Maik Pflaum, Helga Riedl (v.r.)

FTO GEWINNT SPIELWARENMESSE EG ALS FÖRDERMITGLIED

Mit der Spielwarenmesse eG konnte im Sommer 2023 ein international bedeutsamer Player als Fördermitglied gewonnen werden. Sie steht nicht nur für Neuheiten und Trends, sondern sendet mit ihrer Mitgliedschaft ein deutliches Bekenntnis zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht in die Branche.



Fair Toys-Talk im Nürnberger Rathaus



Podiumsgespräch zur Präsentation der Studie „Fair vor Ort“ Christine Burmann, Stadt Nürnberg; Danijel Cubelic, Stadt Heidelberg; Henriette Reichwald, Ramboll GmbH

STUDIENPROJEKT „STANDARDS FÜR KOMMUNALE ANTIDISKRIMINIERUNGSARBEIT“

Seit 2019 arbeitet das bundesweite Netzwerk kommunaler Antidiskriminierungsstellen – die Beauftragte für Diskriminierungsfragen ist eine der beiden Sprecher*innen – an der Stärkung und Normierung kommunaler Antidiskriminierungsarbeit. Gemeinsam mit der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus wurden 2023 Gelder für die erstmalige Entwicklung von Standards für kommunale Antidiskriminierungsarbeit im Förderprogramm respekt.land der Antidiskriminierungsstelle des Bundes beantragt. Die Studie „Fair vor Ort – Standards für kommunale Antidiskriminierungsarbeit“, erstellt durch die Ramboll GmbH, konnte im Juni 2024 in Berlin mit dem Netzwerk der Öffentlichkeit präsentiert werden. Die Studie leistet einen Meilenstein für kommunale Antidiskriminierungsarbeit, von deren Umsetzung sowohl Ratsuchende profitieren, als auch Kommunen, die sich strategisch mit der Ausgestaltung der Antidiskriminierungsarbeit vor Ort auseinandersetzen wollen.

PRÄVENTIVE MASSNAHMEN UND STRUKTURVERÄNDERUNGEN

Neben der Einzelfallberatung ist es elementare Aufgabe der kommunalen Antidiskriminierungsarbeit, in Strukturverbesserungen und präventive Maßnahmen zu investieren. In den Jahren 2023 und 2024 wurden die Ressourcen vor allem in den Ausbau der Anlaufstrukturen, das Schulungsangebot und in die Netzwerkstärkung gelenkt. Darüber hinaus wurde zusammen mit den neu entstandenen unabhängigen Beratungsstellen weiter kontinuierlich das Gespräch mit der Landesregierung zur Schaffung einer Landesantidiskriminierungsstruktur gesucht und für die Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes geworben.



INITIATIVE KLISCHEEFREI

Die Stadt Nürnberg ist auf Initiative der Gleichstellungsstelle und mit Beschluss des Ältestenrates am 13.12.2023 der Initiative Klischeefrei beigetreten.

Die Initiative Klischeefrei setzt sich dafür ein, Berufs- und Studienwahl von Geschlechterklischees zu befreien. Der bundesweite Zusammenschluss von Partnerorganisationen aus Bildung, Politik, Wirtschaft, Praxis und Wissenschaft setzt zielführende Maßnahmen um, vernetzt Akteur*innen und teilt Materialien sowie Best-Practice-Beispiele. Berufsorientierung und -wahl sind eng mit Geschlechterstereotypen verknüpft.



„Wir wollen Jugendliche ermuntern, gängige Rollenklischees kritisch zu hinterfragen.“ betont Elke Büdenbender, Schirmherrin der Initiative. „Unsere Gesellschaft muss sich auf allen Ebenen engagieren: von Einrichtungen der Frühen Bildung über Schulen, Universitäten und Berufsberatungen bis hin zu den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, damit junge Menschen den Beruf wählen können, der wirklich zu ihnen passt – frei von Geschlechterklischees.“

Für die Stadt Nürnberg ist die Mitgliedschaft ein weiterer Baustein zur Gewinnung und Identifikation von gesuchten Fachkräften und zur Positionierung als attraktive und zeitgemäße Arbeitgeberin. Neben der Mitgliedschaft in einem breiten bundesweiten Netzwerk und der Verwendung des Logos der Initiative im Personalrecruiting, liegt der Mehrwert für die Stadt Nürnberg vor allem im Zugang zu Informationen, Materialien und Studien.

FÜR GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT



FÜR GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT IN DER STADTVERWALTUNG

Eine zentrale Aufgabe der Gleichstellungsstelle ist der Einsatz für mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Stadtverwaltung Nürnberg. Hierzu werden verschiedene Ebenen mit gezielten Maßnahmen bearbeitet. So nutzt die Frauenbeauftragte, beziehungsweise ihre Stellvertreterin, die in der Frauenbeauftragtensatzung verankerte Möglichkeit, aktiv an Personalauswahlverfahren teilzunehmen. Sie war sowohl bei Vorstellungsgesprächen als auch bei Assessmentcenter-Verfahren auf Ebene der Dienststellenleitungen und in weiteren Bereichen vertreten, in denen Frauen bislang unterrepräsentiert sind. Parallel dazu engagierte sich der Ansprechpartner für Männer gezielt in Auswahlverfahren in Bereichen mit niedriger Männerquote.

NETZWERK FÜR FRAUEN IN FÜHRUNG BEI DER STADT NÜRNBERG

Drei Mal jährlich lädt die Frauenbeauftragte weibliche Führungskräfte von der Team- bis zur Dienststellenleitungsebene zu Netzwerktreffen mit inhaltlichen Schwerpunkten ein. Durchschnittlich vierzig Frauen nahmen an diesen Treffen teil und bekamen Input zu Themen wie Resilienz und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Zudem fanden Austauschtreffen mit den frauenpolitischen Sprecherinnen der Stadtratsfraktionen und dem damals neuen Personal- und Finanzreferenten statt.

INFOVERANSTALTUNG FÜR BERUFSRÜCKKEHRENDE

Einmal jährlich laden die Gleichstellungsstelle und das Personalamt beurlaubte Kolleg*innen ein, um sie über aktuelle Entwicklungen in der Stadtverwaltung zu informieren. Dabei werden die Arbeit der Frauenbeauftragten sowie des Ansprechpartners für Männer vorgestellt. Zudem erhalten die Teilnehmenden Informationen zur chancengerechten Personalpolitik, beispielsweise zu flexiblen Arbeitszeitmodellen, Homeoffice und mobilem Arbeiten, zum Führen mit reduzierter Arbeitszeit sowie zu Belegplätzen in Kinderkrippen und Kindergärten. Fragen zum beruflichen Wiedereinstieg werden durch Sachbearbeiter*innen des Personalamts beantwortet. Ergänzend berichtet der Gesamtpersonalrat über aktuelle Themen. An der Onlineveranstaltung nehmen jährlich ca. 30 Kolleg*innen teil.

SCHUTZ VOR SEXUELLER BELÄSTIGUNG UND DISKRIMINIERUNG BEI DER STADTVERWALTUNG

Innerhalb der Verwaltung ist es 2023 nach langen Verhandlungen gelungen, eine eigene Dienstvereinbarung zum Schutz vor sexueller Belästigung und Diskriminierung am Arbeitsplatz zu verabschieden. Enthalten sind Begriffsbestimmungen, genaue Verfahren zum Vorgehen bei Vorfällen sowie die Schaffung der AGG-Beschwerdestelle.





Männer als Erzieher in Kitas wichtige Rollenvorbilder für den Alltag

AK MÄNNER IN KITAS

Der Arbeitskreis „Männer in Kitas“ ist ein spezielles Angebot für interessierte Erzieher und Kinderpfleger (auch im Praktikum oder in Ausbildung), die in städtischen Kindertagesstätten arbeiten. Er tagt viermal jährlich für je zwei Stunden.

Koordiniert und moderiert wird der Arbeitskreis von Matthias Becker, dem Ansprechpartner für Männer. Er bietet Raum für fachlichen und vertrauensvollen Austausch sowie kollegiale Beratung zu spezifischen Themen, die Männer in Kitas betreffen. Dazu gehören unter anderem die Rolle von Männern in Kitas, Männer in der Elternarbeit, Umgang mit dem Generalverdacht, die Arbeit als Mann im Frauenteam, Kommunikation, kollegiale Fallarbeit etc. Sowohl die Teilnahme als auch alle eingebrachten und besprochenen Inhalte werden vertraulich behandelt.

UMSETZUNG VÄTER- UND MÜTTER-BEFragung BEI DER STADT NÜRNBERG

Können Väter und Mütter bei der Stadt Nürnberg Familie und Beruf gut miteinander vereinbaren? Das wollte die Stadt Nürnberg in der Umfrage im Frühjahr 2021 von ihren Beschäftigten erfahren. Es war die erste Befragung von Vätern und Müttern mit Kindern unter 18 Jahren zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Ein Ergebnis dieser Väter- und Mütterbefragung war unter anderem, dass sich die Eltern sowohl allgemein als auch bei der Stadt Nürnberg zur Elternzeit nicht gut informiert fühlten. Nur 12 % der Eltern geben an, sich gut und weitere 34 % eher gut über Angebote zur Vereinbarkeit informiert zu fühlen. Lediglich 29 % der Eltern wissen, an wen sie sich bei Fragen oder Probleme zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf wenden können.



Bei der Väter- und Mütterbefragung der Stadt Nürnberg haben sich 42 % Väter beteiligt und ihre Anliegen und Themen benannt.

In der Folge wurde 2023 im Intranet der Stadt Nürnberg eine neu strukturierte Informationsplattform zur Vereinbarkeit von Privatleben, Familie und Beruf eingerichtet.

Zudem zeichnete sich ein hoher Bedarf an flexiblen Arbeitszeiten und Teilzeitmöglichkeiten ab. Daher haben zwei innerstädtische Arbeitsgruppen ihre Arbeit aufgenommen, um konkrete Maßnahmen und Angebote für die Verwaltung und die gewerblichen Bereiche bei der Stadt zu erarbeiten.



GLEICHSTELLUNGSAKTIONSPLAN 2024 – 2027: GEMEINSAM FREI VON GEWALT

Gleichberechtigung beginnt vor Ort in der Kommune. Im Oktober 2010 trat die Stadt Nürnberg der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene bei und verpflichtete sich damit, die bisher geleistete Gleichstellungsarbeit auf kommunaler Ebene weiter zu intensivieren und stets aktuellen Bedarfen anzupassen. Im Jahr 2022 haben der Rat der Gemeinden und Regionen Europas und seine Mitgliedsverbände den Text dieser Charta aktualisiert. Ziel war es, Nutzen und Relevanz der Charta für Europas Städte und Regionen sicherzustellen. Hinzugekommen sind unter anderem Aspekte, die auf die Geschlechterperspektive im Kontext digitaler Teilhabe und nachhaltiger Entwicklung verweisen. Mit dem Beschluss im Juni 2024, künftig mit der überarbeiteten Version der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene zu arbeiten, bekräftigte der Stadtrat das Bekenntnis der Stadt Nürnberg zur Charta.

Daraus folgte für die Stadt bereits im Jahr 2010 die Verpflichtung, Gleichstellungsaktionspläne (GAP) mit konkreten Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele dieser Charta zu erarbeiten und deren Umsetzung aktiv zu fördern. Seit 2012 hat die Stadt Nürnberg vier Gleichstellungsaktionspläne verabschiedet und umgesetzt. Nun liegt der fünfte GAP mit einer Laufzeit von 2024 bis 2027 vor.

Dieses Mal widmet sich eine große Zahl von Maßnahmen dem Schwerpunktthema „Bekämpfung von Geschlechtsspezifischer und Häuslicher Gewalt“. Gemeinsam mit der Koordinierungsgruppe Gender, bestehend aus Kolleginnen und Kollegen aus allen Bereichen der Stadtverwaltung, hat die Gleichstellungsstelle diesen Aktionsplan erarbeitet. Darüber hinaus wurden zum ersten Mal auch Akteure und Expertinnen aus dem Schutz- und Hilfesystem, wie beispielsweise Mitarbeitende aus Beratungsstellen für von Gewalt Betroffene oder aus Frauenhäusern, miteinbezogen. Sie brachten ihre Fachexpertise im Rahmen der von der Gleichstellungsstelle durchgeführten Bestandsaufnahme sowie im Rahmen von zwei BarCamps ein. Polizei und Justiz waren ebenfalls am Prozess beteiligt. Auch Interessierte aus Stadtgesellschaft und Stadtverwaltung konnten ihre Ideen und Wünsche zum Thema über eine online Umfrage einbringen.

Am Ende des fast dreijährigen Prozesses steht nun ein Aktionsplan mit insgesamt 218 konkreten Maßnahmen, 92 davon beziehen sich unmittelbar auf die Prävention und Bekämpfung von Geschlechtsspezifischer und Häuslicher Gewalt vor Ort in Nürnberg.

Dieses Schwerpunktthema geht nicht nur darauf zurück, dass es sich bei diesen beiden Ausprägungen von Gewalt um drängende gesamtgesellschaftliche Phänomene handelt. Die Zahlen des jährlich veröffentlichten Bundeslagebildes Häusliche Gewalt verdeutlichen dies: Allein 2023 waren über 250 000 Menschen von Häuslicher Gewalt betroffen, ein überwiegender Teil davon waren Frauen. In Deutschland wird fast jeden zweiten Tag eine Frau von ihrem aktuellen oder ehemaligen Partner getötet. Auch Männer sind von Häuslicher Gewalt betroffen, wenn auch wesentlich seltener. Für sie ist es, auch aufgrund vorherrschender Rollenbilder, eine besondere Herausforderung, Hilfsangebote zu finden und wahrzunehmen.

Darüber hinaus geht dieser thematische Schwerpunkt auch auf Verpflichtungen zurück, die im Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Häuslicher Gewalt und Gewalt gegen Frauen (Istanbul-Konvention) festgehalten sind. Jene sind seit 2018 in einem Bundesgesetz enthalten und verpflichten neben Bund und Ländern eben auch Kommunen zu deren Umsetzung.



Claudia Bälz, Frauenpolitische Sprecherin der CSU, Elisabeth Ries, Referentin für Jugend, Familie und Soziales, Hedwig Schouten, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, Oberbürgermeister Marcus König, Cornelia Trinkl, Referentin für Schule und Sport, Natalie Keller, Frauenpolitische Sprecherin der Grünen, Gabriele Penzkofer-Röhrl, Frauenpolitische Sprecherin der SPD und Britta Walthelm, Referentin für Umwelt und Gesundheit (v.l.n.r.)

Neben den Maßnahmen, die sich explizit auf den thematischen Schwerpunkt beziehen, sind im Gleichstellungsaktionsplan weiterhin Ziele und Maßnahmen enthalten, die an anderen Stellen ansetzen und zu einer geschlechtergerechten Stadtverwaltung und Stadtgesellschaft beitragen sollen. Ein fortwährend wichtiges Thema ist dabei beispielsweise die Vereinbarkeit von Privatleben, Familie und Beruf bei der Stadt Nürnberg. Der Gleichstellungsaktionsplan liegt zwischenzeitlich in Form einer ansprechenden Broschüre auch gedruckt vor.

Zusammen mit der Koordinierungsgruppe Gender begleitet die Gleichstellungsstelle die Umsetzung der Maßnahmen des Gleichstellungsaktionsplans durch die Dienststellen bis 2027. Nach dem Ende der Laufzeit erfolgt eine Evaluation, die dem Stadtrat in Form eines Berichts vorgelegt werden wird.

BEAUFTRAGTE FÜR DISKRIMINIERUNGSFRAGEN



Tütenaktion in Kooperation mit regionalen Bäckereien

DIE ANLAUFSTELLE MUT – „MITTEL- UND UNTERFRÄNKISCHES THEMENTEAM GEGEN DISKRIMINIERUNG“

Gemeinsam mit dem Ombudsrat Würzburg und der Stadt Schweinfurt wurden Gelder im respekt. land-Projekt der ADS-Bund für den Aufbau eines psychosozialen Beratungsangebots in der Region beantragt. Damit konnte eine drängende Versorgungslücke in Nürnberg geschlossen werden. Seit 2023 ist MUT Kooperationspartner in der Antidiskriminierungsberatung.

DAS „BRANDSCHUTZKONZEPT DISKRIMINIERUNG“ – EIN AWARENESSKONZEPT FÜR KULTURBETRIEBE

Die Beauftragte arbeitete mit am „Brandschutzkonzept Diskriminierung“, einer Initiative von Akteur*innen der Nordkurve Nürnberg e.V., Kulturschaffenden sowie Antidiskriminierungs- und Antirassismustrainer*innen. Hier wurde gemeinsam ein Schutz- und Schulungskonzept für den Kulturbetrieb entwickelt. Ziel ist es, Veranstalter*innen für die Themen Diskriminierung und sexuelle Belästigung im Nachtleben und bei (Groß-)Veranstaltungen einerseits zu sensibilisieren und andererseits konkrete Handlungsstrategien bei Vorfällen einzuüben.

FORTBILDUNGSANGEBOTE ZUR AUFKLÄRUNG UND SENSIBILISIERUNG ZU ANTIDISKRIMINIERUNGSARBEIT UND DEM ALLGEMEINEN GLEICHBEHANDLUNGSGESETZ (AGG)

Ein wesentlicher Baustein des Präventionsansatzes besteht in der Informationsarbeit. Der Schulungsbedarf ist enorm, auch 18 Jahre nach Inkrafttreten des AGG kennen viele Menschen ihre Rechte und

Interventionsmöglichkeiten nicht. Ebenso zeigt sich, dass sich auch Institutionen mehr Handlungssicherheit beim Thema wünschen. Im Jahr 2023 wurden 13 Workshops, und Vorträge durchgeführt, im Jahr 2024 mit einer weiteren Steigerung zwanzig Vorträge, Podiumsteilnahmen und Workshops. Teilnehmende waren zum Beispiel Verwaltungsmitarbeitende, Beschäftigte in Institutionen und Kliniken, zivilgesellschaftlich Engagierte, Schulen und Hochschulen. Vorträge wurden zudem bei großen Universitätstagungen oder bei Fachveranstaltungen der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus und der Antidiskriminierungsstelle des Bundes gehalten.

EVALUATION DER ANTIDISKRIMINIERUNGSARBEIT DER STADT NÜRNBERG

Coronabedingt fand das für 2021 geplante Fachgespräch zum 10jährigen Jubiläum der kommunalen Antidiskriminierungsstelle erst zwei Jahre später statt. Teilgenommen haben die Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung und Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Ferda Ataman, ebenso wie Vertreter*innen aus der Kommune, der Wissenschaft und Praxis. Die Wichtigkeit einer politischen und normativen Rückendeckung für kommunale Antidiskriminierungsarbeit wurde bestätigt. Bei Antidiskriminierungsarbeit handelt es sich nicht um einen Minderheitenschutz oder Klientelismus, sondern um die Einlösung grund- und menschenrechtlicher Standards. Das Fazit für Nürnberg fällt grundsätzlich positiv aus, viele Strukturen und Verfahren sind etabliert und ein Vertrauen in die Stelle vorhanden. Fortentwicklungsmöglichkeiten bestehen vor allem hinsichtlich der Ressourcen, da insbesondere kommunale Angebote dazu beitragen können, Strukturen und Prozesse zu ändern. Hier ist das Wirken einer Stadtverwaltung notwendig.

NÜRNBERGER NETZWERK DER ANTIDISKRIMINIERUNGSBERATUNGSSTELLEN

Neu gegründet wurde das regionale Netzwerk von kommunalen und communitybasierten Stellen sowie Anlaufstellen bei Hochschulen. Ziel ist eine bessere Verzahnung der Angebote und eine gemeinsame Berichterstattung, um die Datenlage zu Diskriminierung für Nürnberg zu verbessern.

STÄRKUNG DER VERWALTUNGSINTERNEN STRUKTUREN

Schutz vor sexueller Belästigung und Diskriminierung bei der Stadtverwaltung

Innerhalb der Verwaltung ist es 2023 nach langen Verhandlungen gelungen, eine eigene Dienstvereinbarung zum Schutz vor sexueller Belästigung und Diskriminierung am Arbeitsplatz zu verabschieden. Enthalten sind Begriffsbestimmungen, genaue Verfahren zum Vorgehen bei Vorfällen sowie die Schaffung der AGG-Beschwerdestelle. Begleitend wurden Informationsflyer erstellt sowie ein Schulungskonzept durch die AD-Beauftragte entwickelt, welches im Städteakademiefortbildungsprogramm gebucht wird.

Dienstvereinbarung zu Diskriminierung und sexueller Belästigung für die Kommunale Verkehrsüberwachung

Die Kommunale Verkehrsüberwachung wurde ebenfalls bei der Erarbeitung einer eigenen Dienstvereinbarung zu Diskriminierung und sexueller Belästigung unterstützt, die Verabschiedung erfolgte 2024.



Fachgespräch mit Ferda Ataman zu „10 Jahre kommunale Antidiskriminierungsarbeit in Nürnberg“

SCHWERPUNKTE DER ANTIDISKRIMINIERUNGSARBEIT 2023/2024

PRÄVENTIVE MASSNAHMEN UND STRUKTURVERÄNDERUNGEN

Neben der Einzelfallberatung ist es elementare Aufgabe der kommunalen Antidiskriminierungsarbeit, in Strukturverbesserungen und präventive Maßnahmen zu investieren. In den Jahren 2023 und 2024 wurde vor allem in den Ausbau der Anlaufstrukturen, das Schulungsangebot und in die Netzwerkstärkung investiert. Darüber hinaus wurde zusammen mit den neu entstandenen unabhängigen Beratungsstellen weiter kontinuierlich das Gespräch mit der Landesregierung zur Schaffung einer Landesantidiskriminierungsstruktur gesucht und für die Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes geworben.

„DISKRIMINIERUNGSMELDER“

Neu eingerichtet wurde 2023 der sogenannte „Diskriminierungsmelder“. Das digitale Tool eröffnet Bürger*innen die Möglichkeit, Diskriminierungsfälle rein digital und komplett anonym zu melden. Ein Vorteil der digitalen Meldung sind strukturierte Abfrageoptionen, die Angabe von Kontaktdaten ist nur dann erforderlich, wenn eine Beratung gewünscht ist. Inzwischen laufen fast die Hälfte aller Anfragen über den Diskriminierungsmelder ein.

AKTIONSPLAN QUEERES NÜRNBERG 2023 UND 2024

Die Umsetzung des Aktionsplans Queeres Nürnberg läuft in den Geschäftsbereichen entlang der vereinbarten Ziele. Ein Monitoring zum Umsetzungsstand findet in den halbjährlichen Sitzungen der Koordinierungsgruppe statt, bei der neben den Geschäftsbereichen auch die Nürnberger Community vertreten ist. Strukturell konnten die Angebote in vielen Bereichen deutlich gestärkt werden, so zum Beispiel:

- Angebote für queere Jugendliche und Regenbogenfamilien in städtischen Treffs
- Queere Senior*innenarbeit im Treff Bleiweiß, mit regelmäßigen Treffen zweimal pro Monat und Sonderformaten wie Queere Bingonachmittage oder eine Faschingsdisco
- Schaffung einer Stelle bei der Jugendinitiative von Fliederlich e.V.
- Erhöhung der Sichtbarkeit im Stadtgebiet zum Beispiel durch den Regenbogenzebrastreifen, der Beflaggung der Straßenbahnen und Busse während der PRIDE-Weeks und Sonderaktionen in der Stadtbibliothek mit den Aktionswochen Queer, der Rosa-Nacht innerhalb der blauen Nacht oder der besuchstarken Ausstellung „Who is afraid of Stardust“ des Künstlerhauses und der Kunsthalle Nürnberg
- Ausbau und Verstetigung des Bildungsangebots zu queeren Themen
- Stärkung des LSBTIQ-Beschäftigtennetzwerks

Auch auf auftretende Bedarfe konnte reagiert werden. Der besorgniserregenden Zunahme von queerfeindlicher Gewalt und Hasskriminalität wurde mit einer neuen Kooperation mit der Polizeiinspektion Mittelfranken und der Beratungsstelle STRONG e.V. begegnet. Gemeinsam wurden mehrere Informationsveranstaltungen zum Thema Sicherheit, Diskriminierung und Hasskriminalität sowie zu Anlaufstellen in der Region durchgeführt. Eine Kampagne und ein Fachtag sind in Planung.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass durch den Aktionsplan nicht nur Strukturen verbessert wurden, sondern auch die Zusammenarbeit und die wechselseitige Einbindung von Politik, Verwaltung und Community. Positiv hervorzuheben ist auch die deutliche Positionierung der Stadt Nürnberg an der Seite der queeren Community.

Neben der fortlaufenden Arbeit am Aktionsplan wurden in den vergangenen beiden Jahren zwei



Kooperationstreffen mit der Polizeiinspektion Mittelfranken und der Beratungsstelle Strong e.V.

größere Projekte umgesetzt und der Kirchentag Nürnberg mit einer Fachverantwortlichkeit im Regenbogenzentrum vorbereitet.

BEDARFSKONZEPT FÜR EIN REGENBOGENHAUS FÜR NÜRNBERG

Gemeinsam mit der Community Nürnberg wurde ein Bedarfskonzept für ein gemeinsames Regenbogenhaus für Nürnberg, welches Platz für möglichst alle Gruppen und Aktive bietet, entwickelt. Dazu gehörte eine Bedarfsabfrage bei regionalen Akteur*innen, der Austausch mit Expert*innen aus München und Berlin und die Begleitung durch Mediatorinnen. Im Konzept wurden zudem das Thema „Queeres Wohnen“ und die Versorgung älterer queerer Menschen eingearbeitet. Nach Fertigstellung wurde das Bedarfskonzept mit Vertreter*innen der Stadtratsfraktionen diskutiert. Die Politik hat im Anschluss die Verwaltung beauftragt, nach einem geeigneten Objekt und Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen, dieser Prozess läuft 2025.

LEITUNG EINER ARBEITSGRUPPE BEI DER ERSTELLUNG EINES LANDESAKTIONSPLAN BAYERN – QUEER LEBEN UND DES BUNDESAKTIONSPLANS

Das Land Bayern hat einen Prozess zur Erarbeitung eines bayerischen Aktionsplans QUEER aufgesetzt. Dies ist Teil der Agenda für Vielfalt und gegen Ausgrenzung und soll ein klares Signal sein an LSBTIQ-Personen und die gesamte Gesellschaft. Die Federführung für den Bayerischen Aktionsplan QUEER liegt im Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales. Im Prozess hatte Nürnberg, gemeinsam mit Augsburg die Leitung der Arbeitsgruppe für die Entwicklung kommunaler Aktionspläne inne und ist Teil der Lenkungsgruppe, die den kompletten Prozess begleitet. Eine Verabschiedung des Aktionsplans ist für 2026 avisiert. Im Bundesaktionsplan war Nürnberg in der Arbeitsgruppe „Queere Ältere“ eingebunden.

BERATUNGEN

Ein großer Schwerpunkt der Arbeit der Beauftragten für Diskriminierungsfragen, der Gleichstellungsstelle und des Nürnberger Präventionsnetzwerks gegen religiös begründete Radikalisierung liegt in den persönlichen und telefonischen Beratungen. Mitarbeitende der Stadtverwaltung, Menschen aus allen sozialen Schichten und Altersgruppen, mit unterschiedlichen Geschlechtsidentitäten und Nationalitäten wenden sich als Rat- und Informationssuchende, als Beschwerdeführende oder mit Anregungen an die Mitarbeitenden in der Stabsstelle.

Diese Beratungsgespräche liefern wertvolle Einblicke in alltägliche Diskriminierungserfahrungen von Frauen* und Männern*. Für viele Ratsuchende ist das Ersuchen um Unterstützung die letzte Hoffnung, noch eine Lösung zu finden. Der damit verbundene Handlungsdruck ist oft sehr hoch und erfordert ein schnelles und unbürokratisches Vorgehen. Den Ratsuchenden werden eigenständige Wege der Interessensvertretung aufgezeigt und sie werden ermutigt, diese aktiv zu nutzen.

Manche Anliegen konnten durch die Stabsstelle direkt begleitet und gelöst werden, andere wurden an spezialisierte Anlaufstellen weiterverwiesen.

BERATUNGSANFRAGEN ANTIDISKRIMINIERUNGSSTELLE

Im Berichtszeitraum suchten 350 Personen die Beratungsstelle auf. Die Kontaktaufnahmen im Rahmen der Beratungstätigkeit lagen bei 875. Eine AGG-Relevanz lag in 59 % der Fälle vor.

Die Beratungsanfragen blieben damit auf einem hohen Niveau. Die 2023 vier neu hinzugekommenen, unabhängigen, bayerischen Antidiskriminierungsberatungsstellen ermöglichten mehr Menschen in der Fläche einen Zugang zu Beratung und bilden mit den kommunalen Stellen ein starkes Netzwerk in Bayern.

In Nürnberg betrafen die Beratungsanfragen mit 34% zum größten Teil die Arbeitswelt, hier waren insbesondere die Beschäftigungsbedingungen Gegenstand der Beratung. Ausgeprägter als im Vergleich zu den Vorjahren waren zudem die Themen Zugang zu Gütern und der Bildungsbereich. Im Bildungsbereich wurde mit 14 % die höchste Anzahl an Anfragen seit Bestehen der Stelle, verzeichnet. Eine auffallend deutliche Zunahme von Meldungen beziehen sich zudem auf den öffentlichen Raum. Hier empfiehlt es sich, das private Umfeld, welches Nachbarschaftskonflikte abbildet, und den öffentlichen Raum zusammenzufassen, was damit das viertgrößte Handlungsfeld mit 18 % der Anfragen ausmacht.

Seit Gründung der Stelle bilden gemeldete Vorfälle zu Diskriminierung aus rassistischen Gründen die Spitze. Hier sind insbesondere anti-schwarzer und antimuslimischer Rassismus zu nennen. Meldungen zu Antisemitismus und Antiziganismus gehen

vorrangig bei den spezifischen Anlaufstellen wie der Melde- und Informationsstelle zu Antiziganismus (MIA) und der Recherche und Informationsstelle zu Antisemitismus (RIAS) ein. Dies gilt ebenso bei der Geschlechterdiskriminierung; hier wenden sich Frauen häufiger an Frauenbeauftragte oder Gleichstellungsstellen, sowohl innerbetrieblich als auch in der Kommune.

Zugenommen haben vor allem Beratungsanfragen aus dem Bereich Behinderung und Geschlechtsidentität/sexuelle Orientierung. Erstmals wurden außerdem Anfragen aus dem Bereich Alter verzeichnet, hier macht sich zunehmend der Ausschluss bestimmter Altersgruppen aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung bemerkbar.

FAZIT: EINORDNUNG DER BERATUNGSANFRAGEN IN DEN AKTUELLEN KONTEXT

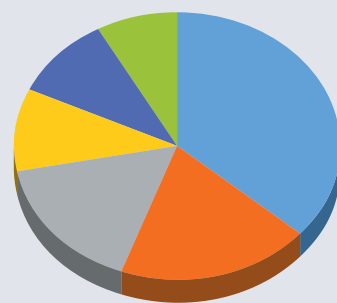
Deutlich hervor sticht im Berichtszeitraum die alarmierende Zunahme an Formen von Alltagsrassismen und Hasskriminalität im öffentlichen Raum. Noch nie seit Berichtslegung gab es solch eine Häufung offen ausgelebter Bedrohung gegenüber Minderheiten. Dies kann durchaus begründet liegen in einer politischen Situation, welche die Grenzen des Sagbaren deutlich verschoben hat und Schuldzuweisungen an generellen Missständen in die Verantwortlichkeit einzelner Gruppen wie Migrant*innen, Bürgergeldbezieher*innen und queeren Menschen adressiert. Nürnberg bildet dabei keine Ausnahme, sondern bestätigt eine bundesweite Entwicklung.

Diese Fälle von Alltagsrassismen und Hasskriminalität sind nicht über das AGG zu bearbeiten. Hier liegen teilweise strafrechtlich relevante Sachverhalte vor. Den Weg einer Anzeige gehen jedoch wenig Ratsuchende, da erfahrungsgemäß viele Verfahren eingestellt werden. Dies zeigt auf, dass spezifische Gruppen von Menschen in Nürnberg einem gewissen Maß an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ausgesetzt sind, welche nicht

ausreichend über rechtliche Maßnahmen gefasst werden können, die Menschen dennoch in ihrer Identität und Würde verletzen. Hier gilt es, andere Weg der Unterstützung und des Empowerments für die Betroffenen zu finden. Dies erfordert aber auch, die Verantwortlichkeit an die Gesamtgesellschaft zum Umgang miteinander zu adressieren und nicht zuletzt als politisch Verantwortliche und Verwaltung, klar Haltung zu beziehen.

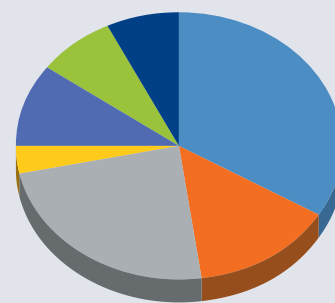
DISKRIMINIERUNGSMERKMAL (AGG)

Rassistische Diskriminierung	128
Sexuelle Identität	67
Behinderung	57
Alter	35
Geschlecht	35
Religion	28
Beratungsanfragen gesamt	350



LEBENSBEREICH

Arbeit	118
Bildung	50
Zugang zu Gütern	83
Gesundheit	12
Öffentlicher Raum	35
Nachbarschaftskonflikte	27
Städtische Dienststellen	25
Beratungsanfragen gesamt	350



BERATUNG UND FALLMANAGEMENT BEI VERDACHTSFÄLLEN VON RADIKALISIERUNG

Die Koordinierungsstelle des Nürnberger Präventionsnetzwerks bietet Ratsuchenden vertrauliche Beratung und Informationen zum Thema islamistischer Radikalisierung an. Dies kann auch telefonisch und anonym erfolgen. Die Koordinierungsstelle analysiert in einem Clearing die individuelle Situation und plant konkrete Schritte. Dabei ist die Aktivierung der vorhandenen lokalen Netzwerkpartner*innen wie dem Bedrohungsmanagement Mittelfranken, Kolleg*innen im Jugendamt, Sozialverbänden, Moscheegemeinden und der Polizei möglich. Bei Bedarf können Partner*innen der auf Landesebene organisierten Deradikalisierungsarbeit (Violence Prevention Network – Beratungsstelle Bayern) vermittelt werden.

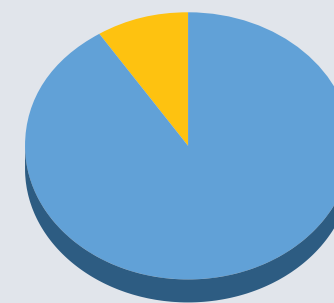
Bei insgesamt 33 Beratungsfällen konnten drei im ersten Beratungsgespräch geklärt werden. In dreißig Fällen erfolgte die Beratung über einen längeren Zeitraum, meist verbunden mit der Vermittlung und Entwicklung von geeigneten pädagogischen Maßnahmen im multiprofessionellen Fallbetreuungsteam.

In drei der 33 Fälle wurde, aufgrund sich verhärtender Indizien, die für Radikalisierung/Ideologisierung auf Landesebene organisierte Deradikalisierungsarbeit (Violence Prevention Network – Beratungsstelle Bayern) eingeschaltet. Alle anderen Fälle wurden im multiprofessionellen Fallbetreuungsteam städtischer Radikalisierungsprävention bearbeitet.

30 der Anfragen stammten aus dem Stadtgebiet der Stadt Nürnberg, drei aus benachbarten Landkreisen.

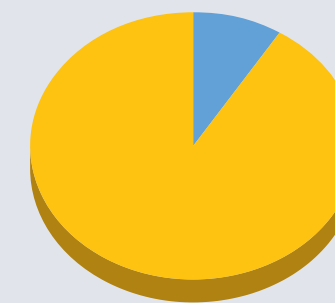
ANFRAGEN NACH REGION

Stadtgebiet	30
Benachbarte Städte und Landkreise	3
Insgesamt	33



ANFRAGEN NACH ART DER FALLABWICKLUNG

Klärung bei Erstgespräch	3
Beratung und Fallmanagement über längeren Zeitraum	30
Insgesamt	33



Einschaltung Deradikalisierungsarbeit (Violence Prevention Network – Beratungsstelle Bayern) ¹

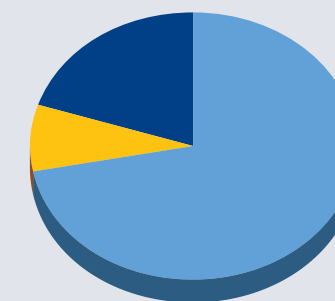
BERATUNG ZUM UMGANG MIT MUSLIMISCHEN ORGANISATIONEN

Die Unsicherheit im Umgang mit muslimischen Organisationen war auch im Zeitraum von 2023 bis 2024 groß. Städtische Einrichtungen, Nichtregierungsorganisationen sowie staatliche Behörden nahmen das Beratungsangebot des Menschenrechtsbüros zu Fragen des Umgangs mit muslimischen Organisationen in den Bereichen Flüchtlingsarbeit, Jugendarbeit sowie Einordnung durch den Verfassungsschutz wahr. Zwei der 25 Anfragen stammten von Vertreter*innen staatlicher Behörden, fünf von Nichtregierungsorganisationen sowie 18 von Vertreter*innen städtischer Einrichtungen.

¹ Auch hier wurden die anfragenden Einrichtungen / Personen weiterhin professionell begleitet bzw. beraten.

ANFRAGEN NACH HERKUNFT

städtische Einrichtungen	18
staatliche Behörden	2
Nichtregierungsorganisationen	5
Insgesamt	25



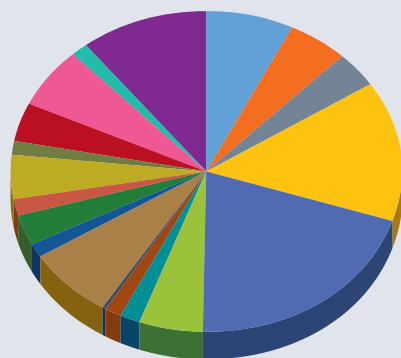
EINZELFALLBERATUNG GLEICHSTELLUNGSSTELLE

Insgesamt fanden im Berichtszeitraum in der Gleichstellungsstelle 398 Beratungen zu unterschiedlichen Themen statt (siehe Diagramm „Beratungsthemen“). Dabei wurden 230 Frauen und 168 Männer beraten; 54 Personen wurden entsprechend weitervermittelt. Die hohe Fallzahl im Bereich „Sonstiges“ veranlasste die Gleichstellungsstelle Ende 2022 dazu, im neuen Berichtszeitraum die Themenfelder weiter zu differenzieren.

Frauen die Rat suchten, kamen vor allem wegen Konflikten am Arbeitsplatz, sexueller Belästigung und Fragen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf in die Gleichstellungsstelle. Bei den Männern lagen die Schwerpunktthemen hingegen anders:

BERATUNGSTHEMEN FRAUEN

Beruf: Wiedereinstieg / Qualifizierung	7,43 %
Vereinbarkeit Privates und Beruf	4,83 %
Sexuelle Belästigung	3,72 %
Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz	14,13 %
Sonstige Konflikte am Arbeitsplatz	20,45 %
Schwangerschaft	5,20 %
Elternschaft	1,49 %
Trennung und Scheidung	1,49 %
Unterhalt / Umgangs- und Sorgerecht	0,37 %
Häusliche Gewalt	7,06 %
Sexualisierte Gewalt	1,49 %
Stalking	2,97 %
Sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität	1,86 %
Wohnen	4,46 %
Armut	1,12 %
Flucht und Migration	4,09 %
kollegiale Beratung	5,95 %
Geschlechtergerechte Sprache	1,49 %
Sonstiges	10,41 %



Beratungen von Frauen:

intern	58,3 %
extern	41,7 %

Beratungen nach Geschlecht:

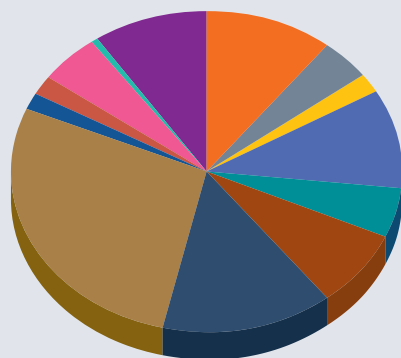
Frauen	57,8 %
Männer	42,2 %

Sie suchten vor allem Unterstützung bei Häuslicher Gewalt, Trennung und Scheidung, Unterhalt sowie Umgangs- und Sorgerecht, aber auch bei Fragen der Vereinbarkeit.

Dieser Unterschied erklärt sich dadurch, dass für Frauen im Bereich Häuslicher und Sexualisierter Gewalt bereits zahlreiche qualifizierte Fachberatungsstellen in Nürnberg existieren. Männliche Betroffenheit wird dagegen erst seit wenigen Jahren verstärkt wahrgenommen. Im Bereich Umgangs- und Sorgerecht deckt der Ansprechpartner für Männer einen Bedarf ab, der bislang von anderen Beratungsstellen nicht in gleicher Weise bedient wird.

BERATUNGSTHEMEN MÄNNER

Beruf: Wiedereinstieg / Qualifizierung	0,00 %
Vereinbarkeit Privates und Beruf	12,65 %
Sexuelle Belästigung	4,82 %
Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz	2,41 %
Sonstige Konflikte am Arbeitsplatz	11,45 %
Schwangerschaft	0,00 %
Elternschaft	6,02 %
Trennung und Scheidung	9,04 %
Unterhalt / Umgangs- und Sorgerecht	16,87 %
Häusliche Gewalt	32,53 %
Sexualisierte Gewalt	1,81 %
Stalking	0,00 %
Sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität	2,41 %
Wohnen	0,00 %
Armut	0,00 %
Flucht und Migration	0,00 %
kollegiale Beratung	6,02 %
Geschlechtergerechte Sprache	0,60 %
Sonstiges	10,84 %



Beratungen von Männern:

intern	29,2 %
extern	70,8 %

MENSCHENRECHTSBILDUNG



Gruppe von koreanischen Lehrkräften in der Straße der Menschenrechte



Menschenrechtsseminar mit koreanischen Lehrkräften

MENSCHENRECHTE KENNEN – LERNEN

Die eigenen Rechte wahrnehmen und sich für diese sowie die Rechte anderer aktiv einsetzen – das ist das Ziel der Menschenrechtsbildung. Dabei muss die Lernumgebung möglichst partizipativ, inklusiv und diversitätsbewusst sein und die Lerninhalte und Methoden müssen gut auf die Zielgruppe abgestimmt werden. Dies ist seit Jahren Grundlage für alle Angebote der Menschenrechtsbildung des Menschenrechtsbüros.

SEMINARANGEBOT IM MENSCHENRECHTSBÜRO:

- **Führung in der Straße der Menschenrechte**
- **Menschenrechtsseminar**
Lernen über, durch und für die Menschenrechte
- **Diskriminierungsfrei in Nürnberg**
Was ist Diskriminierung und was können wir tun?
- **Freiheit und Würde – Werte für alle**
Seminar für Berufsintegrationsklassen, geflüchtete und zugewanderte Menschen
- **Rechtsterrorismus heute: Beispiel NSU-Komplex**
Wie können wir den Feind*innen der Demokratie widersprechen?
- **17 Ziele für eine bessere Welt**
Ein Workshop zu den nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen
- **Menschenrechtsbildung für die Stadtverwaltung**
Mit Fokus auf die menschenrechtliche Relevanz von Verwaltungsaufgaben
- **Menschenrechte in der Altenpflege**
Die Menschenwürde als Basis der Pflege

DIE HISTORISCH-POLITISCHEN SEMINAR- ANGEBOTE AN ERINNERUNGORTEN:

Diese sind auf den Websites des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände www.dokumentationszentrum-nuernberg.de und des Memorium Nürnberger Prozesse www.memorium-nuernberg.de zu finden und werden in Kooperation mit dem Nürnberger Menschenrechtszentrum durchgeführt.

Im Berichtszeitraum wurden die Seminare deutlich häufiger von Gruppen der Bundeswehr gebucht. Das betraf sowohl das speziell für die Zielgruppe Bundeswehr entwickelte Seminar „Schuldig oder nicht schuldig? Angehörige der Wehrmacht vor Gericht“ wie auch das Seminar „Vom Nürnberger Prozess zum Internationalen Strafgerichtshof“, bei dem aktuelle Entwicklungen des Völkerstrafrechts wie die Anklage gegen Wladimir Putin vor dem Internationalen Strafgerichtshof und gegen den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu sowie gegen die Hamasführer behandelt werden.

Von Oktober 2022 bis Oktober 2023 wurde im Memorium Nürnberger Prozesse die Ausstellung „Rechtsterrorismus. Verschwörung und Selbstermächtigung – 1945 bis heute“ präsentiert. Gruppen buchten im dazu aufgesetzten Bildungsprogramm das Workshopangebot „Rechtsterrorismus heute: Beispiel NSU-Komplex“. Auch das Game zur Aufklärung über Strategien von rechtsextremistischen Gruppierungen in den sozialen Medien „Augen auf!“, das von der Landeszentrale für politische Bildung Bayern entwickelt wurde, führte das Bildungsteam des Menschenrechtsbüros mit Schulklassen in Verbindung mit einem Ausstellungsbesuch durch.

Ein Baustein in der Bildungsarbeit ist die Gestaltung von Gedenktagen mit jungen Menschen. Unter dem Motto „Gedenken in junge Hände legen“ beteiligt das Menschenrechtsbüro seit vielen Jahren Jugendliche bei der Gestaltung der offiziellen Gedenkveranstaltungen zum Volkstrauertag und zum Holocaustgedenktag.



Schülerinnen und Schüler der Johann Pachelbel Realschule beim Volkstrauertag 2024

VERWALTUNGSINTERNE SEMINARE

Seit einigen Jahren sind die Menschenrechts- und Antidiskriminierungsseminare fester Bestandteil im Ausbildungsplan sämtlicher Nachwuchskräfte der Verwaltung, des gewerblich technischen Bereichs und der Altenpflege. Ca. 120 Nachwuchskräfte beschäftigen sich jedes Jahr mit den Inhalten der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, mit den Aktivitäten der Stadt Nürnberg, die sie zur Stadt des Friedens und der Menschenrechte macht und auch damit, wie menschenrechtskonformes Handeln in ihren jeweiligen Arbeitsbereichen verwirklicht wird. Im Jahr 2024 wurde in den Antidiskriminierungsseminaren der Fokus auf das Thema Antisemitismus gelegt und dazu das neu entwickelte Workshopangebot des Nürnberger Menschenrechtszentrums genutzt.

In den Jahren 2023/2024 gab es vermehrt Nachfragen nach Antidiskriminierungsworkshops vom Zweckverband Kommunale Verkehrsüberwachung und dem kommunalen Außendienst Nürnberg. In Workshops wurden deren Mitarbeitende über das Thema Diskriminierung informiert und sensibilisiert.

BILDUNGSVERANSTALTUNGEN MIT DEM PREISTRÄGER DES INTERNATIONALEN NÜRNBERGER MENSCHENRECHTSPREISES

Für junge Menschen ist es immer ein eindrückliches Erlebnis, wenn Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten von ihren Erfahrungen und Erlebnissen berichten. Malcolm Bidali, der Preisträger

des Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreises 2023, wurde am Tag nach der Preisverleihung von der Beruflichen Schule 6 eingeladen. Gespannt lauschten ca. 150 Jugendliche, als Bidali über seine Erfahrungen erzählte, die er im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft in Katar gemacht hat und wie er sich jetzt für die Rechte von Wanderarbeiterinnen und -arbeitern stark macht. Sie stellten Fragen und diskutierten engagiert mit ihm, was zu tun wäre, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Ein Jahr nach der Preisverleihung kam Malcolm Bidali erneut nach Nürnberg, um über den Fortgang seiner Arbeit zu berichten. Diesmal bekam er eine Einladung der Beruflichen Oberschule, die ihm einen sehr herzlichen Empfang bereitete. Die Schülerinnen und Schüler standen im Spalier und bejubelten so schon sein Kommen. Malcolms Bericht, ein Stück Film über die Situation nach der Fußballweltmeisterschaft, in dem der Frage nachgegangen wurde wie sich die Situation verändert hat und die Diskussion mit den Schülerinnen und Schülern trugen zu einer gelungenen Bildungsveranstaltung bei.



Der zweite Schulbesuch im Oktober 2024 fand dann in der Lothar-von-Faber-Schule, einer staatlichen Fachoberschule, statt. Zum jährlichen Projekttag unter dem Motto „Demokratie & Du“ wurde Malcom Bidali zum Podiumsgespräch eingeladen. Auch hier erzählte er vor über 200 Schülerinnen und Schülern von seinen Erfahrungen als Arbeitsmigrant und den persönlichen Risiken, die er als Whistleblower einging. Der sehr nahbare Preisträger wurde von den Jugendlichen am Ende der Veranstaltung wie bei allen Schulbesuchen von den Jugendlichen befragt, um Selfies gebeten, Kontakte wurden ausgetauscht und gute Wünsche mitgegeben.

BUNDESPROGRAMM „DEMOKRATIE LEBEN!“

Ende 2024 endete in Nürnberg die fast zehn Jahre währende Partnerschaft für Demokratie im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. Mit diesem Programm fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zivilgesellschaftliches Engagement auf allen Ebenen des Staates für ein vielfältiges und demokratisches Miteinander sowie die Arbeit gegen Radikalisierung und Polarisierung in der Gesellschaft. Unterstützt werden Städte, Gemeinden und Landkreise im Rahmen von so genannten lokalen Partnerschaften für Demokratie, um Handlungskonzepte zur Förderung von Demokratie und Vielfalt und gegen Extremismus zu entwickeln und umzusetzen.

Eine Bewerbung um die Fortsetzung des erfolgreich umgesetzten Programms in der neuen Förderperiode ab 2025 war für Nürnberg wie viele andere Städte im Westen Deutschlands leider nicht erfolgreich.

Gleichwohl konnten dank der über viele Jahre vom Bund bereit gestellten Mittel in Nürnberg, unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten, Projekte initiiert und unterstützt werden, die das Bewusstsein für demokratische Werte schärften, die Wertschätzung von Unterschieden und Diversität sowie Begegnung und Dialog förderten, gegen Diskriminierung eintraten und Inklusion mitdachten.

Gerade in den letzten Jahren, die gekennzeichnet waren von der Zunahme gesellschaftlicher Spannungen, in denen autoritär-populistische Kräfte demokratische Werte zu untergraben versuchen und Hass und Hetze gegen Minderheiten ein erschreckendes Ausmaß erreichten, sind diese Projekte noch heute von unschätzbarem Wert für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, auch in Nürnberg.

Mit einem Gesamtvolumen von mehr als einer Million Euro, davon etwa zehn Prozent aus städtischen Mitteln im Rahmen der Kofinanzierung, konnten im Förderzeitraum insgesamt 180 zivilgesellschaftliche Projekte an die unterschiedlichsten Zielgruppen adressiert werden. Das Spektrum reichte hierbei von großangelegten Kampagnen, über Bildungs- und Theaterformate bis hin zu einmaligen Mikroprojekten, die eine Anschubfinanzierung erhielten.



Das städtische Menschenrechtsbüro als federführendes Amt kooperierte dabei eng mit dem Kreisjugendring Nürnberg-Stadt (KJR). In der Einrichtung DoKuPäd – Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum – war die Koordinierungs- und Fachstelle angesiedelt. Diese unterstützte das federführende Amt bei der Administration des Programms, koordinierte die Sitzungen der begleitenden Gremien und betreute die Projektträgerinnen und Projektträger. Außerdem verantwortete sie die Öffentlichkeitsarbeit des Programms.

Die Entscheidung über die Vergabe von Fördermitteln trafen ausschließlich der ehrenamtlich tätige Begleit- und Jugendausschuss in transparenten Verfahren. Beide Gremien repräsentierten einen Querschnitt der Stadtbevölkerung und brachten die unterschiedlichsten Perspektiven in die Implementierung des Programms. Von besonderer Bedeutung war der Jugendausschuss; hier konnten junge Menschen bis 27 autonom über Projekte von und für Jugendliche(n) entscheiden.

Die Mitglieder beider Ausschüsse begleiteten die Umsetzung der lokalen Partnerschaft für Demokratie und setzen Impulse und Schwerpunkte. Sie entschieden über Fortschreibung und Anpassung der Förderziele und organisierten die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren.

So entschied der Begleitausschuss, die anfangs vereinbarten Leitziele Antidiskriminierungsarbeit stärken, Menschenrechtsbildung ausbauen, Arbeit gegen Rechtsextremismus unterstützen, den gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung tragend, ab dem Jahr 2019 um ein weiteres Ziel zu



POP-UP STORE FÜR DEMOKRATIE IN ST. LEONHARD VOM 18. – 24. NOVEMBER 2024

Vom 18. bis 24. November 2024 öffnete ein leerstehender Laden in der Schwabacher Str. 63 in St. Leonhard seine Türen für eine besondere Initiative: den Pop-Up-Store für Demokratie. Organisiert von der Koordinierungs- und Fachstelle und dem Allparteilichen Konfliktmanagement (KoMit) beim Menschenrechtsbüro, wurde der Raum eine Woche lang zu einem lebendigen Zentrum für Demokratie, Austausch und Engagement.

„Demokratie leben!“ in Nürnberg hieß auch immer: Jede Stimme hörbar machen, aufstehen und etwas tun gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus, sich auseinandersetzen mit Diskriminierung und Mobbing, sich gegenseitig stärken und empowern!



ergänzen: „Diversity – überall in Nürnberg - Vielfalt wird als positives und erstrebenswertes Ziel in der Alltagskultur unserer Gesellschaft wahrgenommen und gelebt.“ In Ergänzung dazu wurde im Jahr 2022 als zusätzliches Querschnittsziel „Inklusion fördern und Barrieren abbauen“ festgelegt. Mit dem Ziel der größtmöglichen Barrierefreiheit der Projekte wurden zunächst in einem internen Prozess sowohl die Ausschreibungsunterlagen als auch verschiedene Formulare und die Webseite auf Barrierefreiheit geprüft und überarbeitet. Im Anschluss daran sensibilisierten Workshops der Initiative „Barrierefrei feiern“ die beiden Ausschüsse und die geförderten Projektträgerinnen und Projektträger für das Thema und boten Hilfestellung bei der Durchführung.

Im Berichtszeitraum konnten 57 Projekte gefördert werden, darunter der Workshop „Antisemitismus alt und neu – was es zu wissen gilt“ und der Dokumentarfilm „Geflüchtete Journalist*innen in Nürnberg“.

Daneben entwickelte die Koordinierungs- und Fachstelle weitere eigene Formate und setzte damit ganz eigenen Akzenten für Nürnberg. So beschäftigte sich die Demokratiekonferenz im Rahmen der langen Nacht der Demokratie im Oktober 2024 unter großer Beteiligung von Interessierten und Engagierten aus der Demokratiearbeit, der Vielfaltsförderung und der Extremismusprävention mit dem Thema „Umgang mit Bedrohungen und Anfeindungen“. Denn immer mehr Menschen, die sich für ein demokratisches Miteinander einsetzen, erfahren Bedrohungen und Einschüchterungen. In Workshops erlernten die Aktiven Strategien und Umgangsformen, um weiterhin sicher und handlungsfähig bleiben zu können.

DIE AUSEINANDERSETZUNG MIT DEM „NSU-KOMPLEX“ IN NÜRNBERG

Die rechtsextreme Terrorgruppe „NSU“ hatte ihre Opfer insbesondere in Nürnberg gesucht. Nach dem ersten Attentat auf die Gaststätte Sonnenschein im Jahr 1999 mit einem Schwerverletzten, wurden drei Menschen – Enver Şimşek (2000), Abdurrahim Özüdoğru (2001) und İsmail Yaşar (2005) – in Nürnberg erschossen.

Die Stadt Nürnberg sieht deswegen eine besondere Verantwortung und Verpflichtung für die Erinnerung an diese Verbrechen und die Auseinandersetzung mit dem „NSU-Komplex“ als Ganzem.

Neben der jahrelangen Erinnerungsarbeit, getragen von der Stadtspitze und in weiten Teilen umgesetzt vom Menschenrechtsbüro, haben sich vielstimmige Formen der Auseinandersetzung entwickelt: So wurde das Gedenken an alle drei Todesopfer im Stadtraum verankert. Gedenkstelen an den Tatorten erinnern an die Opfer und Plätze beziehungsweise Parkanlagen tragen deren Namen. In den Berichtszeitraum fällt die Einweihung des „Abdurrahim-Özüdoğru-Parks“, einer Grünfläche nahe der Gyulaer Straße im Juni 2023.

Der 2015 erstmals vergebene „Mosaik-Jugendpreis – Mit Vielfalt gegen Rassismus“ hält nicht nur seit über zehn Jahren das Gedenken an die Opfer des „NSU“ in München und Nürnberg aufrecht, sondern setzt fortwährend Impulse für rassismus- und diskriminierungsfreies Zusammenleben (siehe Seite 15f.). Er stärkt und würdigt junge Menschen in ihrem Engagement für die Demokratie. Die aktive Einbindung der Angehörigen und Opfer in die Jury des Preises erfolgt bis heute. Aktuell gehören „Mehmet O.“ und eine Tochter von Theodoros Boulgarides dieser an.

Im Bildungsangebot des Menschenrechtsbüros ist das Thema seit März 2021 im Workshop „Rechtsterrorismus heute: Beispiel NSU-Komplex“ fester Bestandteil. Schulklassen, Studierenden sowie Lehrkräften wird die Chronik des NSU-Komplexes, mit Fokus auf die Opfer und deren Angehörige, dargestellt. Es wird über die Rolle der Medien, der Behörden und die der Zivilgesellschaft diskutiert. Die Kontinuität und Aktualität des Rechtsterrorismus zeigen sich in Arbeitsgruppen zu den Anschlägen von Hanau und Halle wie auch dem Mord an



Verkehrsschilder der Gerechtigkeit des Künstlers Johannes Volkmann erinnerten im Juni 2024 trotz Baustellenbetriebs an den Jahrestag des Anschlags auf die Gaststätte Sonnenschein in der Scheurlstraße im Jahr 1999

Walter Lübcke. Im Jahr 2023 war der Workshop ebenso buchbar im Begleitprogramm der Ausstellung „Rechtsterrorismus. Verschwörung und Selbstermächtigung – 1945 bis heute“ die im Memorium Nürnberger Prozesse präsentiert wurde.

Junge Menschen waren auch das Zielpublikum für das Theaterstück „NSU-Monologe“ mit anschließendem Podiumsgespräch im Rahmen der Nürnberger Wochen gegen Rassismus. Das Menschenrechtsbüro lud in Kooperation mit der Bundeszentrale für Politische Bildung und dem Staatstheater Nürnberg im März 2023 zur Vorstellung ein. Schülerinnen und Schüler ab der 9. Jahrgangsstufe und Studierende der Sozialen Arbeit füllten den Saal und beteiligten sich rege an der Abschlussdiskussion.

Zudem beschäftigen sich in Nürnberg eine ganze Reihe von Initiativen, Organisationen, Kulturschaffenden und Medien in unterschiedlichen Formaten der kritischen Aufarbeitung mit diesem unabgeschlossenen Kapitel bundesdeutscher Geschichte. Besonders hervorzuheben ist hier das Großprojekt „Gleißhammer – Stadtteil für die Menschenrechte“, das in einer gemeinschaftlichen Aktion von Scharerschule und zahlreichen Stadtteilorganisationen bis heute mit Leben erfüllt wird.

Auch der Dialog und die Kooperation mit diesen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen liegen in der Federführung des Menschenrechtsbüros.

Im Juni 2024 gedachte das Menschenrechtsbüro mit der Aktion „Verkehrsschilder der Gerechtigkeit“ dem Opfer des ersten menschenverachtenden Anschlags, „Mehmet O.“, den die Terrorgruppe bereits im Sommer 1999 verübt hatte und der ihr erst im Zuge des Prozesses vor dem Oberlandesgericht München im Jahr 2013 zugeordnet werden konnte. Wegen des breiten Spektrums an Formaten der Auseinandersetzung mit dem „NSU-Komplex“ wurde Nürnberg ausführlicher Gegenstand der von der Uni Göttingen durchgeführten Studie „Bundesweite Bestandsaufnahme von Aufarbeitungsaktivitäten und Einbindung von Betroffenenperspektiven“. Diese floss in die von der Bun-

deszentrale für politische Bildung erarbeiteten und im Februar 2024 präsentierten Machbarkeitsstudie zur „Errichtung eines Erinnerungsortes sowie eines Dokumentationszentrums für die Opfer des NSU“ ein. Das Menschenrechtsbüro sowie der Bereich Erinnerungskultur und Zeitgeschichte waren hier als Sachverständige eingebunden.

Die bereits im Koalitionsvertrag der Ampelregierung im Jahr 2021 vereinbarte Errichtung eines „NSU-Dokumentationszentrums“ wurde in der vergangenen Legislatur nicht mehr realisiert. Die überraschende Festlegung der neuen Regierungsparteien auf Nürnberg als Standort findet großen Zuspruch in Politik und Zivilgesellschaft. Alle Seiten sind bereit, ihre langjährigen Erfahrungen und Expertise in das wichtige und großangelegte Projekt einzubringen.



Mitglieder der Stadtschulverwaltung, des Stadtrates, der Generalkonsul der Republik Türkei sowie Bürgerinnen und Bürger bei der Einweihung des Abdurrahim-Özdoğan-Parks am 6. Juli 2023

NÜRNBERGER PRÄVENTIONSNETZWERK GEGEN RELIGIÖS BEGRÜNDETE RADIKALISIERUNG

Um dem Gefahrenpotenzial einer religiös bedingten Radikalisierung bzw. den Anwerbeversuchen radikaler Prediger zu begegnen, wurde die Projektstelle 2016 etabliert. Als Partnerin des Bayerischen Netzwerks „Antworten auf Salafismus“ und finanziert aus Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales gehört es zu den Hauptaufgaben der Projektstelle, möglichst viele Akteur*innen aus dem Bereich der primären und sekundären Prävention zu gewinnen und zu vernetzen. Die Projektstelle arbeitet eingebettet in den phänomenübergreifenden Ansatz der Stadt Nürnberg zur Vorbeugung von Extremismus und Radikalisierung.

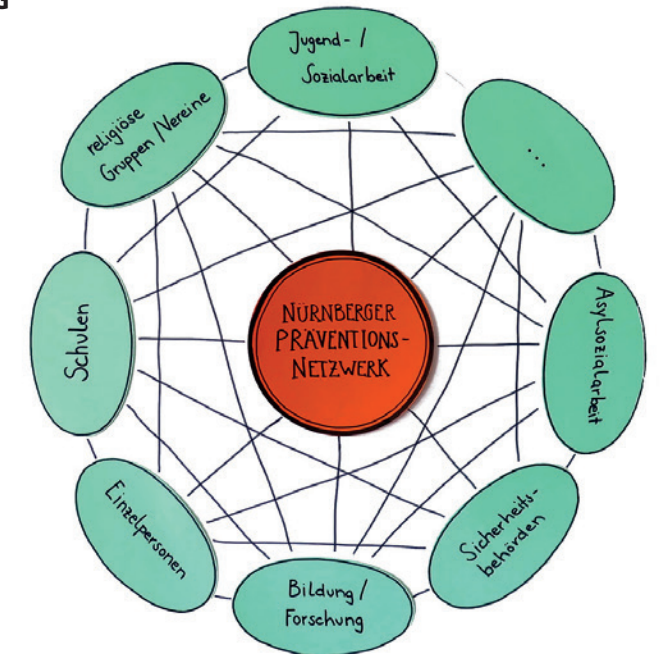
Sie agiert dabei eng vernetzt mit der Beauftragten für Diskriminierungsfragen, der Geschäftsstelle der Allianz gegen Rechtsextremismus, dem Institut für Pädagogik und Schulpsychologie Nürnberg (IPSN) sowie der Koordinierungsstelle Radikalisierungsprävention im Jugendamt (J) der Stadt Nürnberg. Neben den unten beschriebenen Fortbildungen und Workshop-Angebot bietet die Projektstelle auch ein umfangreiches Beratungsangebot zum Umgang mit muslimischen Organisationen und vor allem bei Verdachtsfällen Radikalisierung an (Siehe Beratung S. 31).

DER 7. OKTOBER 2023 ALS KATALYSATOR FÜR POLARISIERUNG UND RADIKALISIERUNG

In einer von Pluralität und Buntheit geprägten Stadt wie Nürnberg sind die Auswirkungen der aktuellen militärischen Eskalation des Nahostkonflikts infolge des Terrorangriffs der Hamas deutlich spürbar. Der Konflikt wirkt wie ein Katalysator für Antisemitismus, Rassismus und Radikalisierung und zeigt sich als Herausforderung für etabliert geglaubte Formate des Dialogs. Die Projektstelle reagierte umgehend u.a. durch Kooperationen mit den jeweiligen Fachstellen in IPSN, Jugendamt (J), u.a. auf die nun vollkommen veränderte Bedarfslage.

FORTBILDUNGEN UND SENSIBILISIERUNGSTRAININGS

Neben den ohnehin kontinuierlich angebotenen Fortbildungen rund um das Thema religiös begründete Radikalisierung sowie religiös unterlagerten Konfliktsituationen für unterschiedliche Zielgruppen (Akteur*innen der Jugend- und Sozialarbeit,



Lehrkräfte, bürgerschaftlich Engagierte) wurden in Kooperation mit den jeweiligen Fachstellen in IPSN und Jugendamt sowie externen Partner*innen (Jüdisches Museum Franken und IKGN) zwischen November 2023 und Juli 2024 zum Teil ad hoc fünf Fortbildungen in der Prävention von Antisemitismus, vier Fortbildungen „Der Nahostkonflikt in der Bildungsarbeit“ mit ufuq.de sowie eine Fortbildung „Onlinepropaganda islamistischer Akteure im Kontext der Eskalation des Nahostkonflikts“ organisiert, um möglichst zeitnah den teils dringenden Bedarf in Jugendarbeit und Schule abzudecken. Mit diesen Fortbildungen wurden 250 Multiplikator*innen aus Jugendarbeit und Schule erreicht.

NETZWERKARBEIT

Dem Netzwerk gehören mehr als fünfzig Partnerorganisationen an – von Moscheegemeinden und Zuwanderervereinen, Schulen und Trägern der Jugendarbeit, Vertreter*innen von Sicherheitsbehörden und Stadtverwaltung bis hin zu vielen anderen Gruppen, die das Interesse an der Verteidigung einer offenen Gesellschaft verbindet. Dabei steht der Schutzgedanke für gefährdete, vor allem junge Menschen und deren Immunisierung gegen extremistische Agitation im Zentrum. Dem Netzwerkgedanken dienen unter anderem zweimal jährlich zu aktuellen Themen der Radikalisierungsprävention stattfindenden Arbeitstreffen des Präventionsnetzwerks. Beispielhaft zu nennen sind „Psychische Auffälligkeiten als Herausforderung in der Radikalisierungsprävention“ im März 2024 und das Ar-

beitstreffen im November 2024 zum Titel „Zivilgesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten multipler nationaler und internationaler Krisen“. Bei diesen Arbeitstreffen sprachen jüdische und palästinensisch-stämmige Referent*innen aus Pädagogik und Wissenschaft darüber, wie gesellschaftlicher Zusammenhalt im schulpädagogischen Kontext trotz zunehmender Polarisierung gestaltet werden kann. Dem Dialog und der Vernetzung dienen auch die gemeinsam mit dem IPSN veranstalteten Fachtage „Dialog Schule und Islam“, zuletzt im Mai 2024 zum Thema „Umgang mit sexueller Vielfalt und Sexualerziehung“.

FRÜHERKENNUNG VON RADIKALISIERUNG UND VERMITTLUNG PRÄVENTIVER MASSNAHMEN

Seit Bestehen des Präventionsnetzwerkes ist die Etablierung von multiinstitutionellen und multi-professionellen Netzwerken zur Früherkennung von Radikalisierung und Vermittlung niedrigschwelliger präventiver / pädagogischer Angebote ein Kernaufgabenfeld der Projektstelle. Hier kann auf das bestehende Angebot des Bedrohungsmanagements Mittelfranken (<https://bedrohungsmanagement-mittelfranken.de/>), in dessen Kernteam der Projektkoordinator mitarbeitet, zurückgegriffen und dieses bei Bedarf erweitert werden. Im Bereich Schule werden in Kooperation mit dem IPSN seit 2016 regelmäßig aus mehreren Modulen bestehende Fortbildungen für Lehrkräfte zur Früherkennung von Radikalisierungstendenzen organisiert. Im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe wurde in Kooperation mit J 2023 erstmals das zweitägige Fachseminar: „Extremismus und Radikalisierung im Jugendalter erkennen und handeln im professionellen Netzwerk“ angeboten. Das Projekt „Kooperation muslimischer Vereine und der Stadt Nürnberg in der Radikalisierungsprävention und bei Krisensituationen“ startete 2021 mit vier Nürnberger muslimischen Vereinen. Zu den Inhalten gehörten die Einbindung in das Bedrohungsmanagement sowie Fortbildungen u.a. mit der Beratungsstelle Radikalisierung im BAMF. Darauf aufbauend wurde das Projekt mit Fortbildungen zu psychosozialen Themen durch die Fachstelle Trauma Asyl im Gesundheitsamt und dem Krisendienst Mittelfranken fortgeführt.

WORKSHOP-ANGEBOT FÜR SCHULKLASSEN UND JUGENDEINRICHTUNGEN IN KOOPERATION MIT UFUQ.DE

Ein wichtiger Baustein in der Präventionsarbeit ist das Workshop-Angebot „Wie wollen wir leben?“ für Schulklassen und Jugendeinrichtungen, welches vom Projektkoordinator organisiert und in Kooperation mit der Nichtregierungsorganisation ufuq.de inhaltlich betreut wird. Die Workshops werden von jungen Teamenden geleitet, die nach dem allgemeinpräventiven Ansatz von ufuq.de ausgebildet wurden. Unter der Leitfrage „Wie wollen wir leben?“ arbeiten sie mit Jugendlichen zu Themen wie Religion, Identität, Zugehörigkeit, Geschlechterrollen oder Anwerbeversuchen durch radikale Prediger im Internet. Außerdem geht es um Diskriminierungserfahrungen von Jugendlichen und wie sie damit umgehen können, ohne sich macht- und hilflos zu fühlen. Ziel dieses Ansatzes ist es, Jugendlichen Signale von Anerkennung und Zugehörigkeit zu vermitteln sowie demokratische Werte, Partizipation und Selbstwirksamkeitserfahrungen zu stärken. 2023 und 2024 wurden in der Summe 57 Workshops durchgeführt. Das bestehende Angebot enthält auch einen aktuellen Workshop zum Nahostkonflikt.

AUSBLICK UND EMPFEHLUNG

Die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung erhöht Vulnerabilität wie auch Empfänglichkeit für extremistische Narrative, insbesondere bei jungen Menschen. Dem gilt es auf verschiedensten Ebenen entgegenzuwirken. Eine Stellschraube, um Polarisierung und dem Entstehen von paralleler gesellschaftlicher Strukturen rechtzeitig entgegenzuwirken, ist die strukturelle und langfristige Investition in den Dialog und die Kooperation mit geeigneten muslimischen zivilgesellschaftlichen Partnern nach dem Vorbild anderer bayrischer Städte wie Augsburg, Ingolstadt, München oder Erlangen.

UNTERSTÜTZUNG

DIE KOMMUNALE STIFTUNG „NÜRNBERG – STADT DES FRIEDENS UND DER MENSCHENRECHTE“

Im Jahr 2000 ins Leben gerufen, fördert die Stiftung mit ihren Vermögenserträgen Projekte mit Bezug zu den Menschenrechten auf lokaler Ebene und sie unterstützt die Arbeit der Preisträgerinnen und Preisträger des Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreises sowie einzelner Jurymitglieder in deren Heimatländern. Damit ist sie ein Instrument des aktiven Förderns von zivilgesellschaftlichem Engagement in Nürnberg selbst, aber immer auch mit einem Blick auf globale Verantwortung. Sie ermöglicht die Umsetzung oftmals herausragender Einzelveranstaltungen, aber auch von Publikationen und Ausstellungen und sie leistete immer wieder Anschubfinanzierung für zwischenzeitlich verstetigte Projekte.

Der Stiftungsrat besteht aus sechs Mitgliedern der Stadtratsfraktionen von CSU, SPD und Bündnis 90/ die Grünen sowie Oberbürgermeister Marcus König als seinem Vorsitzenden. Stiftungsleitung und -verwaltung liegen beim Menschenrechtsbüro und der Stadtkämmerei. Zustiftungen sind immer herzlich willkommen.

Trotz sinkender Ausrichtungsmittel konnten im Berichtszeitraum 16 Projekte mit einem Gesamtvolumen von rund 28.000 Euro gefördert werden. So ermöglichte die Stiftung, neben vielen weiteren Formaten, die Erarbeitung einer Publikation zum zehnjährigen Bestehen des Etz Chaim-Pokals und die Entwicklung eines Stadtrundgangs „Queer durch Nürnberg – 150 Jahre homo- und transsexuelle Geschichte“.

DAS PROGRAMM WRITERS IN EXILE IN NÜRNBERG

Nürnberg ist offizieller Partner des vom deutschen P.E.N.-Zentrum initiierten Programms „Writers in Exile“, das seit 1999 verfolgten Autorinnen und Autoren Zuflucht in deutschen Städten ermöglicht. Ziel der Initiative ist es, ihnen ein freies Leben und Schaffen in Deutschland zu ermöglichen und die Gelegenheit zu bieten, ihr Werk in öffentlichen Lesungen und Diskussionsveranstaltungen vorzustellen. „Writers in Exile“ erhalten aus einem beim Staatsministerium für Kultur und Medien angesiedelten Etat ein Stipendium, das auf drei Jahre



Auch die Veranstaltung von Mevlana e.V. zur interreligiösen Verständigung wurde durch die Stiftung ermöglicht.



Sabal Phyu Nu bei ihrer Ankunft in Nürnberg am 31. Juli 2024

befristet ist. Die Beteiligung Nürnbergs an diesem weltweit beachteten Programm ist möglich, weil die wbG Nürnberg den jeweiligen Stipendiatinnen und Stipendiaten eine Wohnung kostenfrei zur Verfügung stellt.

Auf die queere Aktivistin Nazli Karabiyikoglu aus der Türkei folgte im Juli 2024 die Autorin Sabal Phyu Nu aus Myanmar. Sie hatte sich nicht nur als Erzählerin, sondern auch als engagierte Aktivistin für Binnenflüchtlinge in ihrem Heimatland einen Namen gemacht.



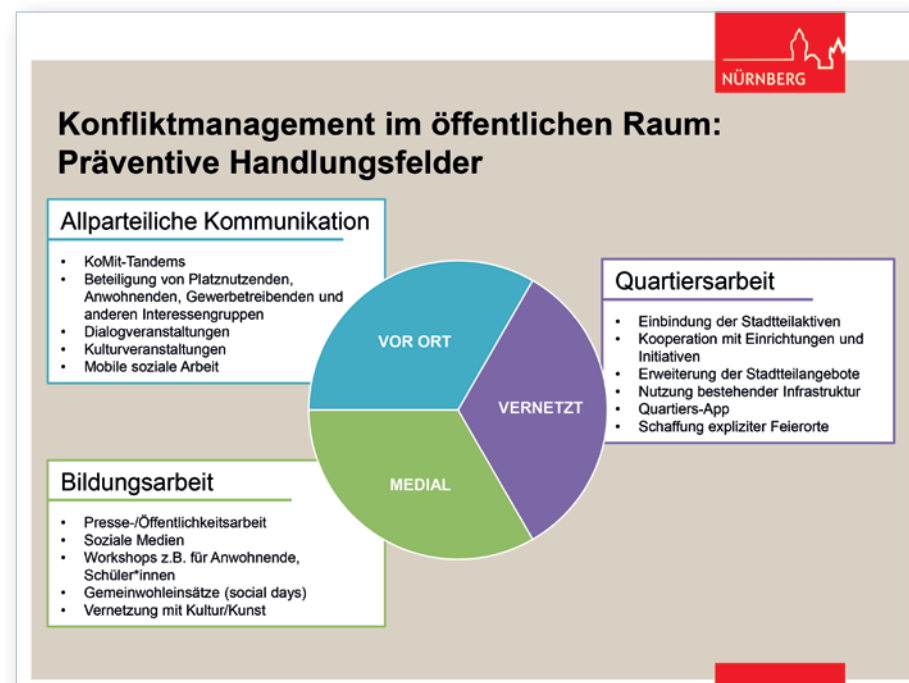
ALLPARTEILICHES KONFLIKT-MANAGEMENT KoMit (VOM KONFLIKT ZUM MITEINANDER)

Die im September 2022 neu geschaffene Stelle für Bearbeitung von Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum ist im Menschenrechtsbüro angesiedelt, um den allparteilichen Ansatz zu verdeutlichen: Der öffentliche Raum ist für alle da, bei Nutzungskonflikten werden alle beteiligten Personen und Gruppen gehört und eingebunden. Was als befristete Teilzeit-Stelle begann, wurde vom Stadtrat schnell als Vollzeitstelle verstetigt und ab September 2023 mit zwei Personen jeweils hälftig besetzt. Gesonderte Finanzmittel waren damit zunächst nicht verbunden, für 2024 wurde ein Sachmittelbudget von 10.000 € bewilligt. Mit diesen Rahmenbedingungen arbeitet KoMit sowohl am Strukturaufbau eines kommunalen Konfliktmanagements für Nürnberg als auch praktisch vor Ort.

Die konkrete Arbeit umfasste 2023/24 hauptsächlich folgende Aufgabenbereiche:

- Vernetzung innerhalb der Kommune mit unterschiedlichen Akteur*innen und Gremien (z.B. AK Sicherheit & Sauberkeit, Sozialraummanagementprojekt Wöhrder Seewärts)
- Fachlicher Austausch und Best Practice-Recherche bundesweit
- Umsetzung des Bundesprojekts Kommunales Konfliktmanagement (KoKoMa) in Zusammenarbeit mit der AWO Nürnberg und externer Prozessbegleitung durch die Stiftung SPI
- Koordination des Netzwerks Gemeinwesen-Mediation
- Konzeption und Umsetzung von Interventionsmaßnahmen an einem ersten Einsatzort

Das Clearing der zu bearbeitenden Fälle erfolgt grundsätzlich durch das Ordnungsamt in Absprache mit Bürgermeisteramt und Menschenrechtsbüro. Infrage kommen Nutzungskonflikte, die einen öffentlichen Platz oder Park über einen längeren Zeitraum betreffen und mit ordnungs- bzw. sicherheitsrechtlichen Maßnahmen nicht (weiter) zu deeskalieren sind. So wurde die nördliche Wöhrder Wiese/Cramer-Klett-Park mit Umgebung ausgewählt. Darüber hinaus begleitete KoMit Projekte am Wöhrder See, am Melancthonplatz sowie in St. Leonhard. In Kooperation mit der OHM Technische Hochschule Nürnberg/Bereich Sozialwissenschaften wird seit dem Sommersemester 2024 das gemeinsame Seminar „Konfliktmanagement im öffentlichen Raum“ veranstaltet.



PRAXISBERICHT PARKTANDEMS 2024

Im Juli und August 2024 waren fünf Studierende als selbständige Honorarkräfte für KoMit tätig. Je zwei Personen (Tandem) waren zu Fuß vom Cramer-Klett-Park bis zur Norikusbucht unterwegs, zu meist freitags und samstags in den Abendstunden. Durch zwanglose, freundliche Ansprache erkundigten sich die KoMit-Tandems nach den Gründen für die Platznutzung und Konflikten am jeweiligen Ort. Durch Perspektivwechselgespräche konnten sie zwischen divergierenden Interessen und Positionen vermitteln, um möglichst allen eine konfliktarme Nutzung des Parks zu ermöglichen. Das Feedback der angesprochenen Personen war durchweg positiv und die Kooperationsbereitschaft hoch. Die deutlich rückläufigen Zahlen der Polizeieinsätze in diesem Gebiet bestätigten den Erfolg, beim Ordnungsamt gingen für 2024 im gesamten Bereich keine Beschwerden ein.



Allparteiliches Parktandem an der Wöhrder Wiese, erkennbar an roten T-Shirts mit KoMit-Logo, 2024

STRUKTURAUFBAU: KOMMUNALE KONFLIKTMANAGER*INNEN

Im Rahmen des Bundesprojekts Kommunales Konfliktmanagement (KoKoMa) wurden 2023 in Nürnberg 19 Personen aus verschiedenen Bereichen der Stadtverwaltung und der Zivilgesellschaft zu sogenannten kommunalen Konfliktmanager*innen qualifiziert. Das so entstandene multiprofessionelle Netzwerk bietet wertvolle Unterstützung für KoMit bei der Konfliktanalyse und Konzeption von geeigneten Maßnahmen. Für die städtisch angestellten Personen konnte ein Arbeitszeitdeputat von 30 Stunden/Jahr vereinbart werden – ein starkes Signal der einzelnen Dienststellen, kommunale Konfliktbearbeitung als Querschnittsaufgabe zu begreifen. Andere Qualifizierte bringen sich ehrenamtlich nach ihren Möglichkeiten ein. Im Fokus der Zusammenarbeit 2024 stand, trotz der heterogenen Voraussetzungen, tragfähige Arbeitsstrukturen für die Gruppe zu etablieren. Die Inhalte der Qualifizierung sollen nun gemeinsam in ein erstes Praxisprojekt übertragen werden: Am

Jamnitzerplatz wird zunächst eine umfassende Konfliktanalyse durchgeführt, um anschließend mögliche Interventionen zu entwickeln und zur Umsetzung anzustoßen. Die Partizipation möglichst aller vom Konflikt betroffenen Personen und Gruppen ist grundlegend für diese Arbeit, wobei Veränderungsmöglichkeiten und Grenzen klar definiert und offen kommuniziert werden sollten, um Frustration vorzubeugen. Es ist nicht realistisch, einen sowohl gesellschaftlich als auch städtebaulich bedingten Konflikt komplett auflösen zu wollen. Vielmehr geht es im Konfliktmanagement um Moderation und Deeskalation als Prozess mit allen Beteiligten, um Toleranz und Zusammenhalt im Stadtteil zu stärken und so nicht zuletzt auch positive Demokratieerfahrungen zu vermitteln.

Festzuhalten ist: Der Bedarf an dialogischer und vernetzter Konfliktbearbeitung im öffentlichen Raum der Stadt Nürnberg steigt stetig an und übersteigt bei Weitem die derzeitigen Ressourcen, so dass nur punktuell und exemplarisch agiert werden kann.

SCHLAGLICHT AUF WEITERE AUFGABENGEBIETE

75 JAHRE ALLGEMEINE ERKLÄRUNG DER MENSCHENRECHTE

Was stärkt die Idee der Menschenrechte 75 Jahre nach ihrer Verkündung? Es ist das Anerkennen dieses globalen gemeinsamen Werteverständnisses, das bis heute nichts von seiner Gültigkeit verloren hat. Es ist aber vor allem ein Eintreten für die eigenen Rechte und die Rechte aller. Daran erinnerte am 10. Dezember 2023 die Lichtinszenierung „Annäherung“ in der Straße der Menschenrechte. Passanten konnten sich mit Mitarbeiter*innen des Menschenrechtsbüros mit den Menschenrechten auseinandersetzen und für sie „eintreten“, dann leuchteten die Säulen in unterschiedlicher Helligkeit. Die Lichtinstallation war ein Kooperationsprojekt mit dem Lichtbildklub Nürnberg und dem Germanischen Nationalmuseum.

BEDROHUNGSMANAGEMENT MITTELFANKEN

Nürnberg hat 2016 als eine der ersten Städte Deutschlands das Bedrohungsmanagement (BM) als ein Früherkennungsprogramm zur Vermeidung und Entschärfung von schweren, zielgerichteten Gewalttaten mit verschiedenen beteiligten Institutionen aufgebaut. Vernetzt sind dort u.a. der Krisendienst Mittelfranken, das Polizeipräsidium Mittelfranken, die Städte Nürnberg, Fürth, Schwabach, Frauenberatungsstellen, Stadtmission, Hochschulen uvm.

Das BM stellt Strukturen und Methoden zur Verhinderung einer möglichen schweren Gewalttat zur Verfügung. Dies geschieht über ausgebildete Erstbewerter*innen, die lernen, Risiken zu erkennen, Situationen einzuschätzen sowie ein mögliches Eskalationspotenzial zu entschärfen. Bei der Stadt Nürnberg gibt es inzwischen knapp 50 Erstbewerter*innen, die in ihren Dienststellen zur Einschätzung von Gefahrensituationen gerufen werden können. Ziel ist, die Sicherheit für Beschäftigten und die Stadtgesellschaft zu erhöhen. In regelmäßigen Schulungen für Erstbewerter, Netzwerktreffen und Fachtagungen wird die Expertise aktuell gehalten und ausgebaut.

Im April 2023 hat das Menschenrechtsbüro als Kooperationspartner den internationalen zweitägigen Fachkongress der Association Of European Threat Assessment Professionals – AETAP, sozusagen das internationale Bedrohungsmanagement mit Expert*innen aus den USA, Kanada und Europa mit dem regionalen Bedrohungsmanagement gemeinsam ausgerichtet.



EINZELFALLKOMMISSION FÜR AUSLÄNDERRECHTLICHE FRAGEN

Seit 2021 administriert das Menschenrechtsbüro zusammen mit der Leitung des Bürgermeisteramts die o.g. Arbeitsgruppe. Sie war mit Beschluss des Stadtrates vom 21.04.2021 als verwaltungsinternes Gremium eingesetzt worden und trifft sich seitdem viermal im Jahr, um in einer multiperspektivischen Betrachtung individuelle ausländerrechtliche Härtefälle nachvollziehbar aufzuarbeiten, im Rahmen des rechtlich Möglichen, Lösungen zu entwickeln und im besten Fall Bleibeperspektiven für die Betroffenen zu eröffnen. Die Leiterin des Menschenrechtsbüros ist zudem stimmberechtigtes Mitglied in diesem auf kommunaler Ebene bundesweit singulärem Gremium. Seit seiner Konstituierung brachten die Mitglieder 54 Fallkonstellationen ein, und es konnten in einer Vielzahl Lösungswege aufgezeigt werden.

AUSBLICK

Im März 2024 verabschiedete der Stadtrat mit großer Mehrheit die Ächtung des N- und des Z-Wortes. Gleichzeitig erteilte der Rat der Verwaltung den Auftrag, eine städtische Gesamtstrategie gegen Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus zu erarbeiten. Dieser Auftrag fällt in eine Zeit, in der offener Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und antimuslimischer Rassismus sowie Queerfeindlichkeit, Sexismus und die Abwertung von Menschen mit Behinderungen besorgniserregend zunehmen.

Sie zeigen sich in Hassrede und Gewalt, sind aber auch in gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen und Strukturen verankert. Befeuert wird dies von politischen Akteur*innen, die bestrebt sind, die Grenzen des Sagbaren zu verschieben, um die Gleichheit aller Menschen und die Idee der Menschenrechte zu unterminieren. Gerade auch antifeministische Narrative, so zeigen Studien, sind häufig eine Art „Einstiegsdroge“ in menschenfeindliche und demokratiegefährdende Weltbilder. Diese dienen oft als ideologische Brücke und als ideologische Schnittmenge zwischen radikalisierten Gruppen.

Dem Stadtratsauftrag vom März 2024 folgend, hat sich das Menschenrechtsbüro die Aufgabe gesetzt, mit Partnerinnen und Partnern aus den Dienststellen in einem abgestuften Prozess eine gesamtstädtische Strategie gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung – positiv formuliert: für demokratischen Zusammenhalt zu erarbeiten. In den abgestuften Prozess sollen auch zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Engagierte eingebunden werden. Eine Verabschiedung der Strategie durch den neu gewählten Rat im Frühjahr 2026 soll am Ende der Erarbeitung stehen. Auch die Fortschreibung des Aktionsplans Queer gehört in diesen Kontext. Das Ziel aller Aktivitäten ist: Diskriminierung zu erkennen und abzubauen sowie für gesellschaftliche Inklusion einzutreten.

Im Jahr 2025 steht zudem die Novellierung des Bayerischen Gleichstellungsgesetzes (BayGlG) an, das die Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten fundamental prägt. Trotz einiger begrüßenswerter Verbesserungen wurde bislang einer langjährigen Forderung nicht nachgekommen, nämlich Vorgaben in Bezug auf die personelle und finanzielle Ausstattung der Gleichstellungsstellen festzuschreiben. Die Arbeit der bayerischen Gleichstellungsbeauftragten, die oft Einzelkämpfer*innen in ihren jeweiligen Kommunen sind, soll aber nun durch eine Vernetzungsstelle unterstützt werden. Die GST baut zu diesem Zwecke eine in der Stabsstelle angesiedelte und aus Projektmitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales bis August 2026 finanzierte Vernetzungsstelle auf. Ziel dieser Stelle ist, die Beauftragten in einem großen, agilen und funktionierenden Netzwerk der kommunalen Gleichstellungsarbeit in Bayern zusammen zu binden.



Freude nach dem Beschluss des Stadtrats im März 2024, in Nürnberg das N-Wort und das Z-Wort zu ächten

GLOSSAR

ADS

Antidiskriminierungsstelle des Bundes Berlin

AGG

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz

AEMR

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte;
Das Bekenntnis der Vereinten Nationen zu den Menschenrechten

BAMF

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge,
Nürnberg

Charta der Grundrechte der Europäischen Union

Schreibt die Grund- und Menschenrechte im
Rahmen der Europäischen Union fest

ECCAR

European Coalition of Cities Against Racism;
Europäische Städtekoalition gegen Rassismus

Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene

Charta, mit der die Lokal- und Regionalregierungen
Europas ihre Entschlossenheit erklären, die Gleich-
stellung von Frauen und Männern zu verbessern

FTO

Fair Toys Organisation – Kontrollinstanz für die Her-
stellung von sozial- und umweltverträglich produ-
ziertem Spielzeug

Homophobie

Feindseligkeit gegenüber lesbischen und
schwulen Menschen

IDAHOBIT

Internationaler Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und
Transphobie bzw. -feindlichkeit

IHK

Industrie- und Handelskammer

IKGN

Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg

Internationale Wochen gegen Rassismus

Aktionswochen der Solidarität mit den Betroffenen
von Rassismus, die alljährlich um den 21. März, dem
Internationalen Tag gegen Rassismus, stattfinden.

IPSN

Institut für Pädagogik und Schulpsychologie der
Stadt Nürnberg

Istanbulkonvention

Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und
Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häus-
licher Gewalt, das 2011 in Istanbul unterzeichnet
wurde und 2018 in Deutschland in Kraft trat

KoMit

Vom Konflikt zum Miteinander – Allparteiliches
Konfliktmanagement in Nürnberg

LSBTI*Q

Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Interpersonen
und Queers

NSU

sog. „Nationalsozialistischer Untergrund“;
rechtsextreme terroristische Vereinigung

N-Wort

Umschreibung für ein rassistisches Schimpfwort
gegen Schwarze Menschen, das heute als stark
diskriminierend gilt

Salafismus

Ultrakonservative Strömung innerhalb des Islam

SDG

Sustainable Development Goals; 17 internationale
Nachhaltigkeitsziele, zu denen sich die Kommunen
wie die Stadt Nürnberg verpflichtet haben

UN

United Nations; Vereinte Nationen

UNESCO

United Nations Educational, Scientific and Cultural
Organization / Organisation der Vereinten Nationen
für Erziehung, Wissenschaft und Kultur

Z-Wort

Umschreibung für eine abwertende Fremdbezeich-
nung von Sintizze und Romnja mit belasteter histori-
scher Bedeutung

IMPRESSUM

Herausgeberin:

Stadt Nürnberg
Stabsstelle Menschenrechtsbüro & Gleichstellungsstelle
Fünferplatz 1
90403 Nürnberg

Tel. + 49 (0) 911 231-5029

E-Mail: menschenrechte@stadt.nuernberg.de
gleichstellung@stadt.nuernberg.de

www.menschenrechte.nuernberg.de
www.gleichstellungsstelle.nuernberg.de

Team: Matthias Becker, Dr. Andreja Budde, Christine Burmann, Michelle
Fowinkel-Sendlbeck, Kristin Ganott, Clara Grell, Stephanie Hansel, Valerie
Laubenheimer, Martina Mittenhuber, Rainer Neußer, Helga Riedl, Hedwig
Schouten, Franz Walser, Wiebke Winter

Redaktion: Martina Mittenhuber, Hedwig Schouten

Bildrechte, soweit nicht im Text belegt: Barbara Bodenschatz, Christine
Burmann, Deutscher Menschenrechts-Filmpreis, Christine Dierenbach,
Peter Dörfel, Michelle Fowinkel-Sendlbeck, Giulia Iannicelli, Noah Ismail,
Norbert Kiesewetter, Lothar Mantel, Anne Mühleisen, Matthias Mülhausen,
Rudi Ott, Maik Pflaum, Nadine Stegemann/Stadt München, Johannes
Volkman, Hedwig Schouten, Rainer Wölzlein

Gestaltung: formfinder.de

Druck: Druck: noris inklusion gGmbH, Werk West/Druckerei

Auflage: 300

September 2025

